

22 VI. 1929

Jahrgang IX Nr. 12

2. Juniheft 1929

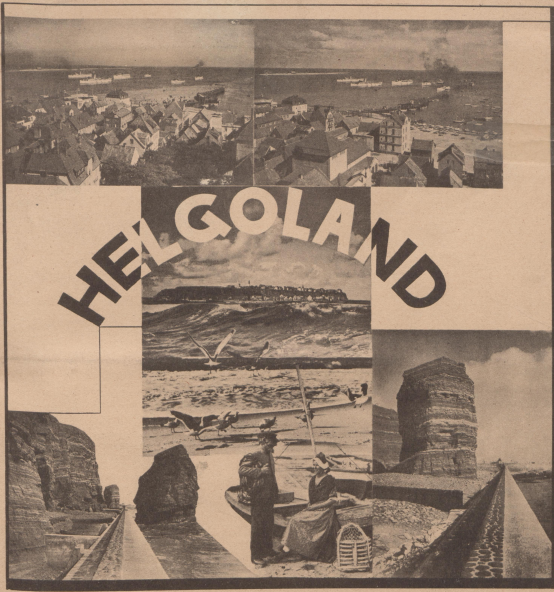


# Der Heimatdienst

Mitteilungen der Reichszentrale für Heimatdienst  
Nachdruck sämtlicher Beiträge nur mit Quellenangabe gestattet

**Aus dem Inhalt:** Professor Dr. Walther Schäding, Vor zehn Jahren in Detmold; Reichskanzler Hermann Müller, Untertreibung im Spiegelbild; Jakob Heimes, Auf dem Weg zum Spiegelfeld; Finanzminister a. D. Dr. August Müller, Vom Bauernplan zum Zwangsabkommen; E. Diencke, Helgoland; Professor Dr. Graf zu Dohna, Wilhelm Kalk zum achtzigsten Geburtstag.

In Kommission:  
Zentralverlag S. m. Berlin W 35  
H. D.  
Halbjährlich 2,50 Mark / Jährlich 5.— Mark  
Erscheint zweimal monatlich  
Durch jedes Postamt zu beziehen



## Vor zehn Jahren in Versailles.

Von Professor Dr. Walther Schäfering.



Franzosen G. m. d. H.

Als einer der sechs Hauptverantwortlichen für die Versailles-Friedensverhandlungen habe ich jene Katastrophe aus nächster Nähe miterlebt, die diesen Sturz unseres deutschen Vaterlandes jedem sichtbar machte, indem man uns nötigte, am 28. Juni jenen furchtbaren Vertrag zu unterzeichnen, den man selbst im Ausland eine Bibel der Ehren genannt hat. Die Geschichte löst immer nur das eine Exempel und läßt das andere ewig ungelöst. Wir wissen genau, was aus unserem Vaterland geworden ist, nachdem wir diesen Vertrag unterzeichnet haben. Was gekommen wäre, wenn nicht unterzeichnet worden wäre, das wird niemand mit Sicherheit beurteilen können, und vielleicht werden die Meinungen in Deutschland noch für Jahrhunderte darüber auseinandergehen, ob es zweckmäßig war, dem entscheidenden Vertrag zuzustimmen oder nicht. Aber jeder, der damals den Dingen nähergekommen hat, wird sich zunächst mit Absehung von denen abwenden, die den Unterzeichnern des Vertrages leichtfertig den Vorwurf der mangelnden vaterländischen Gesinnung machen. Wie man auch zu der Frage der Unterzeichnung stehen mag, wer die feilschen Kämpfe in seinem Innern selbst hat durchmachen müssen, die das Ringen um die Entscheidung in Weimar mit sich brachte, der kann nur jeden glücklich preisen, dem solche Entscheidungen über die Zukunft seines Volkes erspart blieben. Unsere Abreise von Versailles hatte sich unter ungeheuerlichen Umständen vollzogen. Weil in Paris rufbar geworden war, daß die deutsche Delegation sich gegen die Annahme des Versailles-Vertrages aussprechen wollte, hatte der Pöbel von Paris die Straßen in Versailles gefüllt, und obgleich die Unversiehlbarkeit von Gebäuden zu den ältesten Jdeen der Menschheit gehört, tief eingewurzelt schon vor Jahrtausenden, flogen uns die Steine um den Kopf, als wir in offenen Autos zum Bahnhof fuhren, so daß man sich in unmittelbarer Lebensgefahr befand. Die Privatsekretäre des Ministers Giesberts, eine blühende junge Frau, wurde vor unseren Augen durch einen Steinwurf am Kopfe so verletzt, daß sie seitdem dauerndem Siedtum anheimgelassen ist. Daß die französische Polizei und das französische Militär einen solchen Vorgang nicht verbietet hat, weswegen man sich nachträglich diplomatisch entschuldigen muß, kennzeichnend für die Stimmung des französischen Volkes für den Fall, daß es wirklich zur Ablehnung der Friedensbedingungen gekommen wäre. Trophäen waren wir bei unserer Ankunft in Weimar einmütig in der Meinung, daß dieser Vertrag abgelehnt werden mußte. Woodrow-Wilson's Gedanke, den wir teilten, war der: „Macht mit uns, was ihr wollt, besetzt ganz Deutschland, zieht durchs Brandenburger Tor als die Sieger, aber unterschreiben tun wir nicht. Einmal wird doch der Tag kommen, wo auch eure Soldaten nach Hause streben und wo Meinungsverschiedenheiten zwischen euch auftauchen werden, ob euer Verfahren nicht absolut sinnlos ist, weil man ein ganzes Volk von 60 Millionen auf die Dauer nicht mit fremden Bajonetten regieren kann.“ Das war eine Politik des Heroismus. Aber als wir, die monatelang durch den Aufenthalt in Versailles den deutschen Verhältnissen fremder geworden, in Weimar ankamen, mußten jedem ein Zweifel kommen, ob die Zustände in Deutschland eine solche Politik noch möglich machen. Diese Politik hätte einen einheitlichen Willen in Deutschland vorausgesetzt, noch weiter zu dulden und zu leiden unter völliger Unwissenheit des Erfolges, und dieser einheitliche Wille war begrifflicherweise nach allem, was das Volk durchgemacht hatte, nicht mehr vorhanden. Schönlicherweise war die Hungerkatastrophe nach abgeschlossener Waffenstillstand durch den ganzen Winter hindurch fortgesetzt worden und die Hungersnot, die daraus entsandten, hatte unzählige weitere Opfer gefordert. Glücklicherweise hatte man erst

gleichzeitig mit der Eröffnung der Friedensverhandlung die Zufuhr gewisser unentbehrlicher Nahrungsmittel zugelassen. Für den Fall der Ablehnung des Friedens drohte uns die sofortige neue Verhängung der Hungerkatastrophe. Wohl setzte sich der Reichspräsident Ebert mit der ganzen Würde seiner bedeutenden Persönlichkeit für die Ablehnung der Friedensbedingungen im Kabinett ein, ebenso auch der sozialdemokratische Reichsanführer Scheidemann. Aber andere kluge Leute, an deren vaterländischen Willen nicht im geringsten zu zweifeln war, hielten es für unmöglich, bei dem Zustand, in dem sich damals das deutsche Volk befand, auch nur einen passiven Widerstand durchzuführen. Man befürchtete, daß in allen großen Städten der Aufruhr der äußersten Linken zu einer hellen Flamme emporschlagen würde, und selbst ein so energischer Mann wie Troske als der damalige Wehrminister erklärte, daß ihm nicht genug zuverlässige Truppen zur Verfügung stünden, um solchen Aufruhr niederzuschlagen. Was es doch der Regierung im Frühjahr, als der Vorwurf eines verzögerten Abschlusses des Friedens noch von seiner Seite erhoben werden konnte, nur mit der äußersten Mühe gelungen, der revolutionären Elemente in Berlin und in Mitteldeutschland Herr zu werden; waren wir in der Nationalversammlung im Frühjahr 1919 doch schon zeitweise von allen Verbindungen mit dem übrigen Deutschland abgeschnitten gewesen, so daß uns auch aus Berlin nur noch die Flucht hatte erreichen können; hatten wir doch über den Frieden in Versailles verhandeln müssen, während in der deutschen Heimat die, politisch gesehen, zweitwichtigste Stadt des Reiches, nämlich München, in den Händen einer Räterepublik war, so daß selbst die Gegner sich größte Sorge machten, daß sich der von uns vertretene Staat völlig auflösen und damit der Vertragsgegner zu ihrem Schaden verschwinden würde. Was mit einem ungeheuren Aufwand an Energie seitens der Regierung erreicht war, war das, daß wir in der Hauptsache am jenen Abend des Volkstemsimus vorübergekommen waren. Sollte dieser Erfolg jetzt preisgegeben werden, wenn sich der passive Widerstand als undurchführbar erwies? Man mußte sich doch auch darüber klar sein, daß bei dem andersartigen Charakter Deutschlands als eines mehr oder weniger als Industrieland zu bezeichnenden Landes ein volkstümlicher Umsturz noch ganz andere und tausendmal furchtbarere Wirkungen auslösen mußte, wie in dem vorwiegend agrarischen Rußland. Dazu kam die Sorge um die Einheit des Reiches. Die Minister der süddeutschen Staaten erklärten, daß sie sich ihrerseits nicht für die Unterzeichnung des Friedens aussprechen könnten, daß sie aber andererseits keine Garantie dafür übernehmen könnten, daß es bei ihnen bei Ablehnung des Friedensvertrages nicht zu einer neuen Revolution kommen würde, deren Führer auch bereit sein würden, Separatverträge mit den Siegerstaaten abzuschließen. So stand nicht nur das bestehende Maß staatsbürgerlicher Ordnung auf dem Spiele, das seit dem Frühjahr 1919 wieder aufgerichtet war, sondern auch die von Bismarck geschaffene Einheit des Reiches. Wenn unter diesen Umständen große politische Parteien der Meinung waren, vor dem deutschen Volke die Verantwortung für die Ablehnung des Friedensvertrages nicht übernehmen zu können, wer vermochte sie zu tadeln? Als sich herausstellte, daß die Majorität in der Nationalversammlung auf dieser Seite war, wurde eine feierliche Erklärung von den Gegnern der Vertragsannahme in der Nationalversammlung abgegeben, daß niemals die eine Partei der anderen aus der Annahme des Friedensvertrages den Vorwurf einer mangelnden vaterländischen Haltung machen wollte. Wenn man ermag, welche leidenschaftlichen politischen Gegensätze der Ausgang des Krieges und die Revolution in Deutschland damals geschaffen hatten, so beweist die Möglichkeit dieser feierlichen Erklärung zur Genüge, daß auch die, die damals trotz alledem für die Ablehnung des Vertrages gestimmt haben, sich der Tatsache wohl bewußt waren, wieviel gute Argumente auch dem Gegner für den gegenteiligen Standpunkt zur Verfügung standen. Und trotz alledem, was die Annahme des Friedensvertrages zur Folge gehabt hat, ist es mir heute ebensowenig sicher, daß die



Stimme, die ich nach bestem Wissen und Gewissen damals gegen die Annahme abgegeben habe, die klügere Entscheidung dargelegt hat, wie ich vom Gegenteil überzeugt bin. Jene Bestimmungen des Vertrages, die sich auf die Auslieferung und Bestrafung der sogenannten Kriegsverbrecher bezogen, die uns mit der Ehre des deutschen Volkes am wenigsten vereinbar schienen, haben wir wenigstens nicht auszuführen brauchen. Die erzwungene Anerkennung der Verursachung des ganzen Krieges durch Deutschland (Art. 23) kann bei ruhiger Erwägung unsere Ehre um so weniger berühren, als ihr gleichzeitig durch eine entsprechende Erklärung von Deutschland feierlich widersprochen wurde, ganz abgesehen davon, daß es für jeden, der bei gesunden Sinnen ist, als ein geradezu absurdos Beginnen erscheinen muß, eine derartige rein historische Frage aus der Vergangenheit durch einen erzwungenen Vertrag regeln zu wollen. Die ebenso unfinnigen wirtschaftlichen Bestimmungen des Friedensvertrages sind seitdem doch schon wesentlich abgeschwächt. Ich erinnere daran, daß noch nach der Vereinbarung von Boulogne vom 21. Juni 1920 unter den Segnern die Gesamtsumme unserer Kriegsschuldigung, abgesehen von den Kosten der Besatzung, 269 Milliarden Goldmark betragen sollte, während nach dem vor kurzem von den Sachverständigen in

Paris aufgestellten Zahlungsplan der Gegenwartswert der noch in Aussicht genommenen Zahlungen ungefähr 36 Milliarden Goldmark betragen soll. Freilich, in bezug auf die Territorialfragen haben wir in den vergangenen zehn Jahren noch nicht die geringste Revision der Bedingungen durchsetzen und noch keinen Quadratmeter des abgetretenen deutschen Bodens zurückhalten können, trotzdem im Wesen im Locarnovertrag das ungeheure Zugeständnis einer freiwilligen Anerkennung der deutschen Grenze gemacht ist. Hier liegt die große Aufgabe für die deutsche Politik der Zukunft, wenn es auch selbstverständlich im Zeitalter des nationalen Selbstbestimmungsrechts unmöglich ist, die Wiederherstellung der ehemaligen Reichsgrenzen anzustreben.

Als Friedensdelegation haben wir in Versailles täglich in demselben Raume gesessen, wo Bismarck im Winter 1870/71 mit den deutschen Bundesfürsten saß. Wie anders war unsere Situation. Der Mensch soll nicht stolz sein, heißt ein altes Lied, zur Saute zu singen, aber andererseits lag in diesem Eindruck doch auch ein gewisser Trost, nämlich die Erkenntnis, daß in der Geschichte alles nur eine Episode ist. Das gilt auch für den Frieden von Versailles, und diese Hoffnung wird sich erfüllen, auch wenn wir im Zeitalter der Giftgase und des Kelloggspaktes nicht mehr an neue Kriege denken.



Die deutsche Delegation in Versailles  
Von links nach rechts: Leinert, Meißner, Giesberts, Brodorski-Ranau, Landsberg, Schäfers

## Unterzeichnung im Spiegelsaal.

Von Reichskanzler Hermann Müller.

Als die schwere Entscheidung in Weimar gefallen war, beschäftigte sich das neue Reichskabinett sofort mit der Frage, wer von uns die bittere und unbankbare Aufgabe übernehmen mußte, nach Versailles zu fahren, um das Diktat der Sieger im Namen der Deutschen Republik zu unterzeichnen.

Leigung. Er machte im Kabinett geltend, daß er schon einmal ein solches Opfer gebracht hätte, als er nämlich im Auftrage der Regierung des Prinzen Max nach Compiegne gefahren war, um den Waffenstillstand zu unterschreiben. Das wäre ihm in weiten Kreisen des Volkes schon genug vererbt worden. Warum müßte er, immer er, in die Bresche springen? Wir hatten im Kabinett volles Verständnis für diese Einwendungen. Man dachte also zunächst an Giesberts. Aber Giesberts hatte der Friedensdelegation unter Brodorski-Ranau angehört und sich ihrem ablehnenden Datum angeschlossen. Wenn er sich auch später in Weimar anders entschied, so konnte er aus Gründen der Solidarität nicht acht Tage später die Unterzeichnung selber vollziehen. Man beschloß daher, sich an den neuen Reichsverkehrsminister Dr. Bell zu wenden. Dieser war allerdings inzwischen nach Essen gefahren und konnte nur telephonisch erreicht werden. Selbstverständlich trübte sich auch Bell zunächst energisch gegen die ihm zugemutete Aufgabe. Es war nicht leicht, ihn am Telefon zu überzeugen. Schließlich gelang es aber doch. Da er auch nach das Kolonialministerium unter sich hatte, wurde ihm später von einem Teil seiner eigenen Beamten sehr verübelt, daß er sich als Leiter dieses Amtes bereitgefunden hätte, einen Vertrag zu unterzeichnen, durch den Deutschland als Kolonialmacht ausgelöscht wurde.



Salon Versailles

Da ich in der Regierung den Posten des Außenministers bekleidete, war es eine Selbstverständlichkeit, daß ich einer der beiden deutschen Bevollmächtigten sein würde. Ich unterzog mich gewiß nicht leichten Herzens dieser Pflicht. Aber ich war damals von der Notwendigkeit der Unterzeichnung des Friedens, vor allem im Interesse der Rettung der deutschen Reichseinheit, fest überzeugt. Und es ist auch heute noch meine Überzeugung, daß eine Verweigerung der Unterfertigung, die den sofortigen Vormarsch der alliierten Truppen bedeutete, den Zerfall des Deutschen Reiches zur Folge gehabt haben würde. Wie kritisch am Tage der Entscheidung, am 23. Juni, die Lage war, läßt sich daraus erkennen, daß bereits am Nachmittag, also noch vor Ablauf des Ultimatum, bei Mannheim die Vorhut eines französischen Bataillons über den Rhein gesetzt wurde, die erst auf Grund einer sofort von mir nach Versailles übermittelten Protestnote zurückgezogen wurde. Dieser Vorfall zeigt, daß die Franzosen es besonders eilig hatten, gerade an der Niederrhein vorzuschieben, weil sie dort und am Main am ehesten den Keil in die deutsche Reichseinheit zu treiben hofften.

Ebenso selbstverständlich wie die Entscheidung meiner Person nach Versailles war es, daß auch von der anderen Partei, dem Zentrum, das jetzt allein mit den Sozialdemokraten die Regierungskoalition bildete, ein Kabinettsmitglied nach Versailles fahren mußte. Aber wer? Allgemein erwartete man in der Öffentlichkeit, besonders unter den Gegnern der Unterzeichnung, daß der Reichsfinanzminister Erzberger diese Rolle übernehmen würde, nachdem er sich selbst innerhalb seiner Partei schon sehr frühzeitig für die Annahme ausgesprochen hatte. Aber Erzberger zeigte keine besondere

Ich fuhr von Weimar nach Berlin. Auch Ebert hatte sich in die Reichshauptstadt begeben, um verschiedene Regierungsgeschäfte zu erledigen. Im Auswärtigen Amte begegnete ich sofort erheblichen personellen Schwierigkeiten. Der Unterstaatssekretär Langwerth von Simmern war inzwischen zurückgetreten. Auch die meisten anderen Herren des Auswärtigen Amtes fühlten sich mit ihrem bisherigen Chef Brodorski-Ranau solidarisch, was ich durchaus begreifen kann. Als ich daran ging, einen kleinen Stab zusammenzustellen, der mich nach Versailles begleiten sollte, bat mich die meisten unabhängig, von ihrer Person abzugehen. Auch das war durchaus verständlich, zumal es sich in der Hauptsache um Herren handelte, die der Friedensdelegation in Versailles angehört und die Ablehnungspolitik der Delegation mit ganzer Seele mitgemacht hatten. Schließlich führen die Geheimratschritte vom Auswärtigen Amt und Le Suren vom Reichswirtschaftsministerium, der Professor Herbert Krauß und der Regierungs-

rat Michaelis, letzterer als Dolmetscher, als Begleiter mit mir. Professor Krauß war ein Völkerrechtslehrer von der Universität Königsberg, der bereits als Berater Schickings der Delegation angehört hatte, und den ich als Justizrat mitnehmen wollte, da ich die Bedeutung des Geheimrats Gaus, des Justizrats unter Brodorski-Rangbau, vollkommen nachempfinden konnte.

Wenige Stunden vor der Abfahrt ließ mich der Reichspräsident Ebert zu sich bitten. Als ich bei ihm erschien, sah dort der frühere Reichskanzler von Bethmann-Hollweg u. a. Dieser hatte ein Schreiben ausgearbeitet, das an den Präsidenten der Friedenskonferenz, Clemenceau, gerichtet war und in dem er sich freiwillig erklärt erklärte, sich einem alliierten Gerichtshof an Stelle des früheren Kaisers zu stellen, da nur er die verfassungsmäßige Verantwortung für die kaiserliche Politik in der Zeit des Kriegsausbruches getragen hätte. Ein Beweis für die hochachtbare persönliche Einstellung dieses Mannes. Mit Einverständnis Eberts versprach ich Bethmann-Hollweg, seinen Brief mitzunehmen und in Versailles zu übergeben.

Mit der neuen kleinen „Friedensdelegation“ fuhr ich nun am späten Abend des 26. Juni vom Bahnhof Friedrichstraße mit einem fahrplanmäßigen Zug nach Köln ab. In Köln hatten wir am nächsten Morgen einen mehrstündigen Aufenthalt, und erst um die Mittagsstunde fuhr unser Sonderzug in Richtung Belgien-Frankreich weiter. Am späten Nachmittag erreichten wir die belgisch-französische Grenze. Langsam, ganz langsam fuhr der Zug durch die zerstörten Gebiete Nordfrankreichs. Es war schon völlig dunkel, als wir aus dieser Zone der Verwüstung herauskamen. In Köln waren mehrere alliierte Offiziere eingestiegen, um uns das Geleit bis Versailles zu geben. Sie wußten selbst nicht genau, wohin die Reise ging. Sie teilten uns mit, daß die französische Regierung, in dem Bestreben, um jeden Preis die Wiederholung ähnlicher Zwischenfälle zu vermeiden, wie sie sich bei der Abfahrt Brodorski-Rangbaus zehn Tage zuvor abgespielt hatten, die Zeit und den Ort unserer Ankunft strengstens geheimhalten beschloßen hätte. Man würde — so wurde mir berichtet, aber ich kann natürlich die Richtigkeit dieser Version nicht kontrollieren — dem Lokomotivführer des Sonderzuges erst kurz vor Paris eine verheißene Order überreichen, aus der er den weiteren Kurs und Fahrplan würde entnehmen können.

Tatsächlich dauerte die Fahrt auf der letzten Strecke endlos. Wir wurden mehrmals umrangiert, hielten wiederholt auf kleinen Stationen und auf offener Strecke. Später hörten wir von den in Versailles zurückgebliebenen Herren der deutschen Delegation, daß ihnen unsere Ankunft ursprünglich für 11 Uhr abends in Aussicht gestellt worden war. In Wirklichkeit dauerte die Fahrt bis 3 Uhr morgens: Es war genau 2 Uhr 50 Minuten, als wir am Bahnhof von Saint-Cyr-Ecole, in nächster Nähe von Versailles, endlich den Zug verlassen konnten. Dort erwarteten uns der Gesandte von Hamel und der französische Oberst Henry. Kurze Vorstellung, und in Autos begaben wir uns durch die menschenleeren Straßen im beginnenden Morgenrauschen nach dem Hotel des Réservoirs.

Nach wenigen Stunden Schlaf mußte ich am Vormittag des 28. Juni eine Fülle von diplomatischen Angelegenheiten, meist Formalitäten, zusammen mit den Herren von Hamel und Kersner, erledigen. Die Vollmachten wurden übergeben und bald danach als in Ordnung befunden zurückgebracht. Man hat Dr. Bell und mich um die Überlieferung unserer Privatpässe, um den Unterzeichnungsakt am Nachmittag zu erleichtern. Jeder Vertrag trägt nämlich nach der internationalen diplomatischen Tradition neben den Unterschriften auch das persönliche Siegel des Unterzeichners. In diesem Falle, so vermutete ich, sollte man sich durch die vorherige Befragung des Siegels gegen irgendwelche befürchteten Überraschungen der letzten Minute schützen.

Bald nach dem Mittagessen mußten wir uns auf den schweren Gang vorbereiten. Das diplomatische Zeremoniell sieht für solche feierlichen Gelegenheiten besondere Kleidungsvorschriften vor: Schrock und Zylinder. Wir mußten uns also zunächst noch umkleiden. Nun war es so weit.

Gegen 2,45 Uhr erschienen wir, wie vereinbart, vier Oberste der alliierten Armeen im Hotel des Réservoirs: ein Amerikaner, ein Engländer, ein Franzose und ein Italiener. Sie sollten unsere militärische Ehrenescorte bis zum Spiegelsaal bilden. Zwei Autos warteten vor der Tür. Da das Hotel

obnedies fast unmittelbar an den rechten Flügel des Schlosses anschließt, betrug der Weg bis zum Schloßringang höchstens 500 Meter. Die umliegenden Straßen waren hermetisch abgesperrt. Nach wenigen Sekunden faher waren wir kurz nach 3 Uhr im Schloß. Man fuhrte uns zunächst in den Saal Nattier des Schloßmuseums, geschmückt mit den Bildern dieses französischen Malers aus dem 17. Jahrhundert. Dort legten wir Hüte und Mäntel ab. Dann ging es hinauf zum Spiegelsaal. Bevor wir ihn betraten, immer von den vier Obersten begleitet, mußten wir einen Vorraum passieren, in dem das geladene Publikum versammelt war. Es waren hauptsächlich Frauen, und zwar die Gattinnen von Marschällen, Generälen, Staatsmännern und Parlamentariern. In dem Augenblick, wo wir diesen Vorraum betraten, entstand unter diesen Zuschauerinnen eine lebhafte Bewegung. Sie standen auf, die von den hinteren Reihen dieses fagar auf ihre Stühle, und wir sahen, wie uns diese zum Teil ebenso reifen wie geschminkten „Damen der Gesellschaft“ durch ihre Korsetts müßerten. Diese kurze und unwürdige Szene rief lebhaften Unwillen bei einem großen Teil der Anwesenden hervor. Das Anstandsgefühl der Mehrheit büamte sich instinktiv gegen diese Taktlosigkeit auf. Es entstand sofort eine starke Unruhe im ganzen Saale. Energische, ja wütende Protestrufe wurden laut: „Assis! Assis!“ „Sehen! Sehen!“ Zögernd folgten die Frauen diesen Rufen. Inzwischen waren wir in den eigentlichen Saal gelangt, der Chef des Protokolls, William Martin, der uns im Nattier-Saal empfangen hatte, geleitete uns zu unseren Plätzen.

Alle alliierten Vertreter waren bereits anwesend. Wir sahen an einer Ecke des Saales, zu unserer Rechten die Delegierten Japans, zu unserer Linken die Delegierten Uruguays. Kaum hatten wir uns niedergesetzt, da erhob sich in der Mitte der Quartierassistent Clemenceau und erklärte in einer ganz kurzen Ansprache fast nur formeller Art die Sitzung für eröffnet. Nur der Schlußsatz betonte, daß die bevorstehenden Unterschriften „die unwiderzählige Verpflichtung darstellen, alle festgesetzten Bedingungen in ihrer Gesamtheit zu erfüllen“ — offenbar eine nochmalige Unterstreichung der Ablehnung unserer ursprünglichen Vorbehalte. „Unter diesen Umständen habe ich die Ehre, die deutschen Bevollmächtigten einzuladen, ihre Unterschriften auf dem mir vorliegenden Vertrage geben zu wollen.“ Er begleitete diesen letzten Satz mit einer Handbewegung. Die auf den kleinen Tisch hinwies, wo die Dokumente zur Unterschrift bereit lagen. Die Handbewegung demonstrierte deutlich die Befriedigung des Regierungschefs Frankreichs über die deutsche Niederlage.

Ich verdichtete auf die Übersetzung dieser Ansprache. Dr. Bell und ich standen auf und schritten durch den Saal. In diesem Augenblick herrschte eine feierliche Stille, und wir fühlten, daß tausend Blicke auf uns gerichtet waren. Am Tisch angelangt, zog ich meinen Füllfederhalter und unterschrieb, neben meinem bereits ganz am Ende des Blattes angebrachten Siegelabdruck. Es waren drei Unterschriften zu leisten; zum eigentlichen Friedensvertrag, zum Rheinlandabkommen und zu einem Zusatzprotokoll. Nach mir Dr. Bell. Zurück zu unseren Plätzen. Es war vorüber. Wie die Zeitungen berichteten, war die Unterzeichnung durch die Vertreter des besiegten Deutschland genau um 3 Uhr 12 Minuten vollzogen worden.

Mit dem Füllfederhalter verhielt sich die Sache so: schon in Weimar war mir bekanntgeworden, daß nach Berichten französischer Blätter beobachtet war, die Unterschriften mit einem besonderen Federhalter vollziehen zu lassen, den die elsass-lothringischen Verbände Frankreichs und der französischen Kolonien gestiftet hätten. Schon damals war ich entschlossen, dieser uns bemußt zugeachteten Demütigung vorzubeugen, indem ich mit meiner füllfederhalter unterschreiben würde. Dr. Bell besaß keine. Aber um sich zu sichern, nahm er aus dem Hotel einen gewöhnlichen 5-Pennig-Federhalter mit, den er in Zeitungspapier rollte und in seine Schrocktasche steckte. Er zog ihn erst heraus, als wir ausgerufen wurden, und damit unterschrieb er. Ob die Anknüpfung der französischen Blätter den Tatsachen entsprach, weiß ich nicht. Jedenfalls lagen vor jedem Delegierten ein Federhalter und ein Tintenfaß, so daß wir also auch ohne die elsass-lothringischen Verbände verorgt gewesen wären. Meine Füllfederhalter wurde in den Berichten der Presse der ganzen Welt sorgsam

registriert und dieselbe kommentiert. Ein Pariser Blatt brachte eine an sich recht mäßige karikatüristische Zeichnung, die aber mit einer zwar boshaften, aber wirklich witzigen Erklärung versehen war: „Das letzte Mandat der Botschafter: Herrmann Müller unterzeichnet mit Geheimtinte“ („encore invisible“). . . Auf den Gedanken war ich allerdings nicht gekommen.

Indessen hatte der Unterschriftsakt seinen Fortgang genommen. In rascher Reihenfolge wurden die 26 Staaten aufgerufen, die mit uns im Kriege gefandten hatten. (Nur China hatte am Vormittag erklärt, daß sie die Unterscheidung wegen der Entscheidung über das Schantung-Gebiet ablehnen würde.) Zunächst Amerika mit Wilson, Katsing, House, White und Blyth, dann die Vertreter Englands — Lloyd George, Bonar Law, Balfour usw. — sowie der britischen Dominien, dann die Franzosen — Clémenceau, Pichon, Cardoux, Klotz, Jules Cambon —, die Italiener, die Belgier und so weiter.

Sehr bald hatte die feierliche Stille einer allgemeinen Unruhe Platz gemacht. Diese Unruhe feierte sich bis zum Witz, war, als einige Delegierte auf den Gedanken kamen, Unterschriften als persönliche Andenken zu sammeln. Auf jedem Delegiertenplatz lag eine wirklich künstlerisch gestaltete Druckzeichnung, und auf diesen Blättern wurden die Unterschriften gesammelt, allerdings nur unter den Alliierten. Anscheinend trauten sich die meisten nicht, sich an uns zu wenden. Wir beobachteten diese Szene. Schließlich kam ein Delegierter auf mich zu. Es war der Vertreter Boliviens, Ismael Montes; er bat mich und Dr. Bell um unsere Unterschriften. Wir entsprachen natürlich anstandslos seinem Wunsch. Durch diesen Erfolg offenbar ermuntert, wandten sich jetzt auch die zwei Vertreter Kanadas, Doherty und Sifton, an uns mit der gleichen Bitte. Weiter kam allerdings keiner mehr. Der Unterschriftsakt war unterdessen sowieso zu Ende. Er hatte kaum 50 Minuten gedauert. Clémenceau stellte fest, daß alle Unterschriften vollzogen seien und daß die Delegierten der alliierten Staaten, noch im Saale zu bleiben, bis sich die Deutschen, die von der Militärkommission in ihr Hotel zurückgeleitet würden, entfernt hätten. Wir standen auf, die vier Obersten nahmen uns an der Schwelle des Saales wieder in Empfang.

Als wir den Schloßeingang erreichten, durchbrachen plötzlich die Pressephotographen die Sperre und knipsten uns in einer Tour, während wir unter Auto besaßen. Unter den mit der Absperrung beauftragten Offizieren entstand große Aufregung, teils weil man einen neuen Zwischenfall befürchtete, teils weil auch die Zuschauermenge durch die durchbrochene Sperre zu laufen begann und ein allgemeines Durcheinander drohte. Inzwischen fuhren wir bereits nach dem Hotel des Réservés ab. Dort verabschiedeten sich die militärischen Gruß die vier Obersten, und wir begaben uns in unsere Zimmer.

Jetzt löste sich die Spannung in ganz eigenartiger Weise. Ich hatte mich seit 1½ Stunden außerordentlich in der Gewalt. Von dem Augenblick an, wo mich die Obersten in Empfang genommen hatten, bis zu dem, wo sie sich verabschiedeten, vor allem aber in der Stunde, in der ich den tausend Blicken im

Spiegelsaal ausgeführt war, hatte ich eine Maske der rein geschäftsmäßigen Korrektheit angenommen. Nichts in meiner Haltung, in meinem Gang, in meinem Blick, in meinen Bewegungen sollte zu irgendwelchen Deutungen Anlaß geben. Ich wollte den tiefen Schmerz des deutschen Volkes, das ich in diesem tragischen Augenblick vertreten mußte, nicht den gierigen Blicken unserer bisherigen Feinde preisgeben. Das war mir nicht nur zu heilig gelungen — im Tempus und in anderen Blättern wurde ausdrücklich betont, daß es unmöglich gewesen wäre, irgend etwas aus unseren Blicken und Bewegungen herauszulesen —, sondern ich hatte es bei der Durchführung dieses Vorhabens sogar so weit gebracht, alle inneren Regungen zu unterdrücken. Welche ungeheure Anspannung diese Haltung kostete, das sollte ich erst merken, als ich wieder allein war. In derselben Sekunde, in der ich in meinem Zimmer Luft und Gehört ablegte, um mich unzufrieden, strömte der Schweiß aus allen Poren in einer Weise, wie ich es nie zuvor erlebt hatte. Das war eben die physische Reaktion, die dieser unerhörten physischen Belastungsprobe unmittelbar folgte. Und nun erst fühlte ich, daß ich die schwerste Stunde meines Lebens hinter mich hatte.

Bald danach erschien der französische Oberst Henry und überbrachte mir die Note Clémenceaus, in der die Aufhebung der Blockade für den Tag angefündigt wurde, an dem Deutschland den Vertrag ratifiziert haben würde.

Von französischer Seite wurde uns dann nahegelegt, noch die folgende Nacht in Versailles zu verbringen und erst am nächsten Morgen heimzufahren. Begründet wurde diese Anregung mit dem starken Zustrom von Fremden in Versailles, deren Heimbesorgung große Schwierigkeiten bereite. Ich war jedoch dringend, noch am gleichen Abend heimzufahren. Ich war zwar sehr müde, aber ich wollte so schnell wie möglich fort von Versailles. Die mein Wunsch wurde sofort entsprochen. Wenige Stunden später erfolgte die Abfahrt vom Bahnhof Noisy-le-Roi. Ich hatte allen deutschen Pressevertretern anheimgestellt, im gleichen Sonderzuge heimzureisen, und alle waren dieser Einladung gefolgt. Auch der Gefandte von Hamel, dem ich am Nachmittag den durch den Rücktritt Langewerths von Simmern versetzten Staatssekretärposten angeboten hatte, und der schließlich das Angebot annahm, reiste mit uns zurück.

In der Dämmerung setzte sich der Zug in Bewegung. Als es dunkel wurde, sahen wir in den Dörfern die ersten Raketen und Feuerwerkskörper, mit denen dieser Tag — für Deutschland ein Tag tieferer Trauer, für die siegreichen Länder ein

Tag der Freude — gefeiert wurde. Plötzlich prasselten gegen die Fenster meines Wagens Steinschläge. Die französischen und englischen Offiziere stürzten aufgeregt in den Salonwagen herein, sie wollten die Notbremse ziehen und den Zug anhalten lassen, um die Läter festzustellen. Ich beruhigte sie und bat sie, davon abzulassen. Wegen des Streiches irgendwelcher dummer Jungen sollte nicht gleich wieder ein diplomatischer Zwischenfall entstehen. — Am nächsten Tag, in den Mittagstunden, waren wir wieder auf deutschem Boden. Der Friedensvertrag war unterschrieben. Der Kampf um den wahren Frieden sollte erst beginnen.



Der Spiegelsaal

(Aus Victor Schiffs: „So war es in Versailles“, Verlag S. B. W. Dick, Berlin.)

## Auf dem Weg zum Spiegelsaal.

Von Jakob Altmaier.

Die schwere Stunde war gekommen. Wochenlang und wochenlang hatten sich in Versailles die Verhandlungen hingehandelt. Die Gegner saßen sich nicht gegenüber, nur Angesicht zu Angesicht. Sie verkehrten untereinander nur durch Boten, die die Gegenseitigen und Antworten schriftlich überbrachten. Die Hotels, in denen wir untergebracht, und die anstoßenden Gärten waren mit Stachel

abgeperrt und von Posten bewacht. Jeder Verkehr mit der Außenwelt war untersagt. Hin und wieder gab es einen Kirchgang oder einen kurzen Stadelauf. Er mußte eingereicht und genehmigt sein, und jedesmal führte ein Offizier die beurlaubte Kolonne. Sonntags kamen die Pariser zu Zehntausenden nach Versailles und standen vor den Stachel

verwünschen. Wir kamen uns vor wie die Tiere im Zoologischen Garten hinter ihren eisernen Gittern, und oft gab es bei den Neugierigen erstaunte und verwunderte Ausrufe, daß wir wie Menschen ausfähen und nicht wie jene Bestien, die sie sich vorgestellt hatten.

Endlich war der Tag der Unterzeichnung des Vertrages gekommen. Auch einig deutsche Journalisten war ein Platz im Spiegelsaal reserviert. Um 1/4 Uhr sollten wir antreten und die Begleitoffiziere erwarten, die uns führen und bewachen sollten.

Morgens gegen sechs Uhr wurden wir bereits aus dem Schlaf getrommelt. Die Regimenter begannen mit klingendem Spiel einzuziehen. Zwei Stunden später glücklicherweise einem einzigen großen Heerlager, Feldmarschallmäßig und in Gala waren die Truppen gekommen und lagerten auf den Straßen und auf allen Plätzen. Tausende und Abertausende von Soldaten. Rot und weiß leuchteten die federbüsche der Republikanischen Garde. Die Hüfe der Kanallerieschwadronen schlugen das Pflaster, daß die Funken sprühten. Die Geschütze der Artillerie rollten und ratterten, und unaufhörlich hallte der Paradeschritt der Infanteristen. Am Ziel angekommen, setzten sie ihre Gewehre am Straßentrand zusammen und bivaktierten. Kommandorufe flogen hin und her, Ordnungsanfragen, Adjutanten eilten im gesprengten Galopp, und dazwischen immer wieder die Trommeln, die Trompeten und die helle Musik der neuinsiehenden Regimenter. Das wuchs und schwoh und schien kein Ende zu nehmen, immer neue Truppen, neue Musik, neue Fahnen, Generale, Offiziere, Soldaten. Dazu ein Sommertag, wie er nur in den Gärten und Parks von Versailles sein kann. Zum erstenmal seit Kriegsbeginn sprudelten und spielten alte Fontänen, Brunnen und alle Wasser. Hoch am Himmel stand die Sonne, und wo ihre Strahlen ins Tal tauchten, glitzerte und glitzerte es in allen Farben des Regenbogens.

Es wurde Mittag, und mehr als eine Million Menschen wälzte sich zu Fuß, im Auto und mit der Eisenbahn nach Versailles. Nicht nur Franzosen waren gekommen. Alle Völker der Welt hatten sich eingefunden. Neben dem schwarzen Zylinder leuchteten der rote Fes und der weiße Turban aus Baku. Weiße, Neger, Inder, Australier, Japaner, Nord- und Südamerikaner, Kanadier, Bewohner des Kongo, des Balkan, von Südafrika, alle Farben der Erde, alle Zungen und Sprachen der Welt: mehr als eine Million Menschen! Die Luft war erfüllt von einem dumpfen, gewaltigen Brausen, bald an- bald abklingend, doch immer neu, sich erhebend über diesem Versailles, das den Schlußakt eines Weltkrieges sehen sollte.

Und da standen wir, mittendrin, ein Häuflein Deutscher, die allein ausgeschlossen waren, gebrandmarkt und geächtet. Ausgeschlossen von einer Welt, die sich den Frieden nur im Triumph über den Besiegten denken konnte. Hatten wir nicht minder heiß den Friedenstag ersehnt? Nicht minder geliebt nach der Sonne, in den Jahren schrecklichster Nacht? Und jetzt? Ein Frieden, der keiner sein konnte, der uns verflochten war, der neuen Haß und neue Feindschaft säen mußte.

Da standen wir, ausgeschlossen, die Brust schmerzte uns, und der Con brach uns in der Kehle. Wir mußten nach Hause denken, an die hungierenden Frauen und Kinder, an all das Elend und an all den Jammer. Gewiß! Es waren Millionen weinender Mütter in aller Welt, deren Söhne gefeßt und tot auf den Schlachtfeldern lagen. Die Trümmer Belgiens und Nordfrankreichs rauchten noch, und vom Meer bis zu den Vogesen lag eine breite weite Wüste des Grauens. Jetzt sollte aber Friede sein, heiliger schöner Friede, für alle. Und wir waren ausgeschlossen und geächtet. Standen wie Aussätsige, umgeben von französischen Offizieren, umbrannt von dem Haß und von der Wut einer Welt.

Und wir dachten an unsere eigenen Toten, an unsere deutschen Kameraden, die genau so zerfeßt und tot über die Erde verstreut waren, und deren hier, in Versailles, keiner gedachte. An jene Arbeiter, Bauern, Handwerker oder Kaufleute, die genau wie alle anderen in den Krieg geholt wurden, genau so gelitten hatten und gestorben sind in der Sehnsucht nach Frieden und Heimkehr. Wir haben sie fallen und sterben gesehen, an der Somme, in der Champagne, bei Verdun, die Achtzehnjährigen und die Männer. Und hier, am Tage des Friedens, waren sie ausgeschlossen, wie wir, die Überlebenden.

Wir sollten abmarschieren, zum Spiegelsaal. Auf der Brust der begleitenden Offiziere glänzten die Orden und die Ehrenzeichen. Da kommt mir zum erstenmal in den Sinn, daß auch ich ein „Eisernes Kreuz“ habe. Wie haben wir es in all den Jahren beachtet, so viel Unfug war damit getrieben, so sehr war es „von oben her“ in Mißkredit gebracht worden. Jetzt aber: „Schade, daß ich mein Eisernes Kreuz nicht bei mir habe, ich würde es anlegen!“ Ich sage es zu den anderen Deutschen, und ein Kollege eines Rechtsblattes zieht ein Stück schwarz-weißes Band aus der Tasche. Das wird zerföhren, wir teilen uns das Band, jeder die Hälfte, und stecken es in das Knopfloch am Rockragen.

Die französischen Offiziere haben den Vorgang verfolgt, sehen jetzt das Band, begreifen und verstehen, und wie auf ein Kommando nehmen sie die Beine zusammen, legen die Hände an die Hüften und salutieren vor unsren schwarz-weißen Bändern!

Darauf sind wir abmarschiert, zum Spiegelsaal.

## Vom Dawesplan zum Youngabkommen.

Von Dr. August Müller, Staatssekretär a. D.

Die Konferenz zur Revision des Dawesabkommens über die deutschen Reparationsverpflichtungen ist am 12. Februar in Paris eröffnet und am 7. Juni geschlossen worden. Die große Bedeutung der von der Konferenz behandelten Probleme wird durch diese rund vier Monate umfassende Konferenzdauer recht eindrucksvoll illustriert. Vermutlich hat keiner der Konferenzteilnehmer, die alle an verantwortungsvoller Stelle stehen, in ihrem Heimatlande höchst einflußreiche und bedeutsame Funktionen ausüben, jemals zuvor einem einzelnen Projekt ebenso große Aufmerksamkeit zuwenden müssen, wie der Reparationsfrage. Auch der äußerliche Verlauf der Konferenz entsprach durchaus der Wichtigkeit der zu entscheidenden Frage. Vorbildlich war ihre Äußerlichkeit. Es gab keine prunkvollen Feststimmungen, keine Bankette und keine schwungvollen Reden, sondern lediglich Arbeitstagen und dem eigentlichen Verhandlungszweck dienende Nebenveranstaltungen von rein geschäftlichem Charakter. Diese kaufmännische Mäßigkeit ist aber mehrfach durch dramatisch zugespitzte Situationen unterbrochen worden. Am 18. April schien es so, als sei die Konferenz gescheitert.

Dann gab es noch einmal eine Sensation kurz vor der endgültigen Einigung, als einer der deutschen Delegierten seinen Rücktritt nahm, aber schließlich konnten doch alle diese Schwierigkeiten nicht verhindern, daß die Konferenz zu Ende geführt wurde. Ob zu einem so guten Ende, daß man von ihr sagen kann, sie habe die endgültigen Formen für die Lösung des Reparationsproblems gefunden, vermag heute noch niemand zu sagen; die Antwort auf diese Frage wird die historische Entwicklung der Reparationsfrage geben. Aber ein gutes Ende ist immerhin in dem Sinne erzielt worden, daß es zu einer Einigung kam, die der deutschen Volkswirtschaft eine neue Atem- und Erholungsphase gewährt und nicht nur die Normalleistungen des Dawesplanes vermindert, sondern auch den sogenannten Wohlstandindex mit seinen katastrophalen Wirkungen für die deutschen Verpflichtungen aus dem Reparationsplan beseitigt.

Eine Voraussetzung, die für die Pariser Konferenz von großer Bedeutung war, hat sich allerdings so ungeweiht als irrig erwiesen, daß man sie bei zukünftigen Reparationsver-



handlungen kaum wieder anwenden wird: die Annahme einer Konferenz unpolitischer Sachverständiger! Nach den Verlautbarungen aller an der Konferenz beteiligten Staaten wurden zur Konferenz Männer delegiert, denen man ein unparteiisches Urteil nach rein wirtschaftlichen und finanzpolitischen Erwägungen zutrauen durfte. Aber das Schwergewicht der Tatsachen hat doch je länger je deutlicher erkennbar gemacht, daß die internationale Politik nicht von der reinen wirtschaftlichen Seite der Reparationsfrage zu trennen ist. Vielleicht haben nur die deutschen Sachverständigen ihren unpolitischen Charakter und ihre Freiheit von jeder irgendwie gearteten Beeinflussung bis zum Konferenzende gewahrt, nicht als Folge einer besonderen Tugend oder Charakterstärke der Vertreter Deutschlands, sondern einfach des Umstandes, daß den deutschen Interessen nichts dienlicher sein könnte als die strikte Beschränkung der Konferenz auf rein wirtschaftliche Erwägungen. Die amerikanischen Delegierten haben es versucht, das deutsche Vorbild zu befolgen, aber die nach der internationalen Reparationsideologie nicht vorhandenen Zusammenhänge zwischen Reparationsfrage und Verschuldung Europas an die Vereinigten Staaten haben ihre große politische Wirkung schließlich doch ausgeübt. Damit war der Versuch, auf dem Wege über rein wirtschaftliche Erwägungen zu einem Konferenzresultat zu gelangen, endgültig gescheitert. Nichts beleuchtet deutlicher die Tatsache, daß die Pariser Konferenz in die Kreise der weltpolitischen Verschlingungen hinein verflochten wurde als die Erörterungen über die Änderung des Verteilungsschlüssels, der den Anteil der einzelnen alliierten Gläubiger an den Reparationsschulden bestimmt, sowie die hochpolitischen Erklärungen, die hierbei von einzelnen beteiligten Regierungen für erforderlich erachtet wurden. Schließlich ist ja auch sogar die amerikanische Regierung am 20. Mai genötigt worden, hochsitzige Erklärungen abzugeben, die die Absicht verfolgten, durch Minderung der amerikanischen verbrieften Reparationsansprüche an Deutschland den anderen Ländern ein zur Nachahmung reizendes Vorbild zu geben. Man hatte vergessen, daß die Dameskonferenz am Beginn des Jahres 1924 über die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit eines zusammengebrochenen, in seinem nationalen Bestand gefährdeten, durch Aubebesetzung und Währungsveränderung ins wirtschaftliche Marz getretenen Deutschlands urteilen sollte. Nur wegen der heillosen Verworfenheit und Unübersichtlichkeit der deutschen Gegenwart und der Undurchdringlichkeit des die deutsche wirtschaftliche Zukunft verhüllenden Vorhanges glückte das Experiment von 1924. Sachverständige von tatsächlicher Unabhängigkeit vermochten damals ein Reparationsprotokoll zu schaffen, das aber auch gerade wegen dieses provisorischen Charakters mit Enttäuschungen, Sicherheitsventilen und Pfandsicherungen behaftet werden mußte, die zu befeitigen ja gerade eine Aufgabe der G.-H.-Konferenz war. In der veränderten Situation des Jahres 1929 konnte unmöglich der unpolitische Charakter der Konferenz und damit auch ihrer Entscheidungen gewahrt bleiben. Das ist für Deutschland insofern unadequat gewesen und hat unerwünschte Folgen gezeigt, als nicht die deutsche Leistungsfähigkeit, sondern in mindestens ebenso hohem Grade bestimmte politische Bedürfnisse der Gläubigerstaaten die Höhe der deutschen Entschuldigungsverpflichtungen beeinflussen haben. Aber andererseits kann man diesem Tatbestand auch eine für Deutschland vorteilhafte Seite abgewinnen. Politische Verhältnisse und politische Bedürfnisse sind wandelbar und es mag schon sein, daß einmal eine Situation entsteht, in der günstige Folgen für die Reparationsverpflichtungen Deutschlands aus dem Zusammenhang zwischen Politik und Reparationsfrage entspringen. Denn daß das letzte Wort über eine Regelung, die 57 Jahre dauern soll, auch durch den G.-H.-Plan nicht gesprochen ist, liegt auf der Hand. Wie sieht es um das Konferenzergebnis aus?

Seit dem 1. September 1928 hat Deutschland 2500 Millionen Mark als sogenannte Normalrate für Reparationen zu leisten. Davon entkamen 1250 Millionen dem Reichshaushalt, deren Eingang gesichert ist durch Verpfändung bestimmter

Einnahmen und durch ein System von Kontrollen bei verschiedenen Behörden durch ausländische Agenten des Reparationskommissars. 290 Millionen entfallen auf eine Beförderungsteuer, die die Reichsbahn zwar zu leisten, das Reich aber zu garantieren hat. 500 Millionen hat die Industrie für Verzinsung und Tilgung von deutschen Industriefuldverschreibungen zu leisten und 660 Millionen die Reichsbahn für Verzinsung und Tilgung deutscher Reichsbahnduldverschreibungen. Bei der Reichsbahn und bei der Reichsbank sind gleichfalls Kontroll- und Überwachungsinstanzen vorgesehen, die ebenso wie die übrigen Teile der sogenannten Reparationskommission nicht nur lästig wirken, sondern auch unvereinbar sind mit der nationalen Würde und dem berechtigten Selbstgefühl eines Volkes, das mit Recht auf seine Vergangenheit und seine wirtschaftlichen und kulturellen Leistungen so stolz sein darf wie das deutsche Volk. Daß sich diese aus der Kriegsschleife und dem Geist des Jahres 1923/24 zu erklärenden unwürdigen Kontrollmaßnahmen nicht lange aufrechterhalten lassen werden, hat auch der Generalagent der Reparationen, Parker Gilbert, begriffen. Er war es, der in seinen Berichten vom Dezember 1927 und Mai 1928 die endgültige Beendigung der deutschen Zahlungsverpflichtungen und die Ausfindigmachung von Formen, die es Deutschland ermöglichen, in „eigener Verantwortung“, d. h. unter Befreiung der Kontrollmaßnahmen, seine Reparationsverpflichtungen zu erfüllen, gefordert hat. Nicht von deutscher Seite, sondern von dieser Stellungnahme des Reparationsagenten aus, muß der Anstoß zu den Erörterungen erblüht werden, die schließlich zur G.-H.-Konferenz führten. Stark belästigt wurden aber diese Verhandlungen in Paris durch den Reparationsagenten, der seine Propaganda für eine baldige endgültige Regelung mit Schilderungen der deutschen Leistungsfähigkeit verknüpfte, deren Optimismus im Lager der Gläubiger Reparationserwartungen groß zog, auf die Deutschland sich niemals festlegen konnte. Auch der Konferenzort mit seiner der Objektivität nicht immer dienenden Atmosphäre hat offenbar nicht immer günstig auf die Konferenz gewirkt. Jedenfalls sind die Gläubiger mit Erwartungen und Absichten nach Paris gefahren, die dem wirklichen Bild der deutschen Leistungsfähigkeit nicht gerecht wurden. Sie glaubten im Wohlstandesinder des Damesplanes, der vom 1. September dieses Jahres an seine Wirkung auszuüben beginnen müßte, ein Kompensationsobjekt zu haben, dessen Wirkung sie deshalb überschätzten, weil die errechnete höhere Leistungsfähigkeit Deutschlands zu so phantastischen Ziffern führt, daß schon dadurch dieses Kompensationsobjekt entwertet wurde.

Wie sich unter diesen Umständen die Dinge in Paris abspielen mußten, ergibt sich am besten aus einer Schilderung des Zahlenraumpes um die Höhe und die Zahl der Annuitäten. Die Auseinanderbesetzungen hierüber gingen von den interalliierten Schulden aus. Die Annuität hierfür beträgt im Jahre 1930 855 Millionen und erreicht 1965 mit 1654 Millionen ihren Höhepunkt. Hierzu werden noch Kredite für Materialkassen hinzugezählt, die mit 18 Millionen jährlich beginnen und auf 71 Millionen pro Jahr steigen. Mit diesen 931 Millionen für Materialkredite und ausgehend von einem Zinssatz von 5½ v. H., beträgt der Gegenwartswert der alliierten Schulden an Amerika 22,8 Milliarden Mark. Auf dieser Summe bauten die Alliierten ihren zweiten, nicht mehr aus Abhandeln eingerichteten Vorschlag auf, der Jahresleistungen von 1800 bis 2450 Millionen, im Durchschnitt 2500 Millionen 37 Jahre lang vorsah und danach 20 Annuitäten zu 1900 Millionen und eine zu 900 Millionen. Der Gegenwartswert dieser Forderungen beträgt 37,4 Milliarden Mark. Dann machte O. Young selbst einen Vorschlag, der durchschnittlich 2200 Millionen Jahresleistungen, steigend von 1750 Millionen im Anfang bis weit über 2 Milliarden gleichfalls 37 Jahre lang vorsah und für die letzten 21 Jahre ebenfalls Deutschland die Übernahme der interalliierten Schulden summierte. Der Gegenwartswert dieses Zahlungsplanes beläuft sich auf 54,9 Milliarden. Das deutsche Memorandum vom April sah dagegen 37 Annuitäten zu je 1650 Millionen vor, was einem

Gegenwartswert von 25,86 Milliarden entspricht. Die Differenz zwischen dem deutschen Vorschlag und dem Vorschlag der Alliierten betrug also 12 Milliarden Gegenwartswert, gegenüber dem Vorschlag von Young 9 Milliarden Gegenwartswert. Wenn Deutschland die rund 2 Milliarden Gegenwartswert der interalliierten Schulden während der letzten 21 Jahre noch übernommen hätte, so würde die Differenz zwischen seinem Vorschlag und dem von O. Young noch 7 Milliarden betragen haben. Zu Beginn der Konferenz hatte Schacht eine Jahresannuität von 800 Millionen transferfrei angeboten. Man sieht daraus, wieweit die Konferenz Ende April durch Aufhandeln der deutschen Angebote und Abhandeln der Gläubigerforderungen dem Ziel einer Einigung nähergekommen war. Trotzdem veranlaßte erst die Aprilkrise die Gläubiger, ausgehend von einem Vorschlag von O. Young, durch weitere Nachgiebigkeit Deutschland die Möglichkeit zur Zustimmung zu folgendem Zahlungsplan zu geben:

Deutschland zahlt vom 1. April bis 31. August noch die Raten des Dawesplanes, insgesamt 1 040 000 000 und im August noch 150 Millionen aus der Industriebelastung. Der neue Zahlungsplan tritt am 1. September dieses Jahres in Kraft. Zu zahlen sind bis zum 31. März des nächsten Jahres 742,8 Millionen. Für das folgende Jahr 1930/31: 1707,9 und für 1931/32: 1685 Millionen, dann steigen die Zahlungen in folgender Weise:

für das Jahr 1932 bis 1933 auf 1 758,2 Millionen	
"	1935 " 1934 " 1 804,3 "
"	" " 1934 " 1935 " 1 866,9 "
"	" " 1935 " 1936 " 1 892,9 "
"	" " 1936 " 1937 " 1 939,7 "
"	" " 1937 " 1938 " 1 977,0 "
"	" " 1938 " 1939 " 1 995,5 "
"	" " 1939 " 1940 " 2 042,8 "
"	" " 1940 " 1941 " 2 155,5 "
"	" " 1941 " 1942 " 2 180,7 "
"	" " 1942 " 1943 " 2 198,0 "
"	" " 1943 " 1944 " 2 194,5 "
"	" " 1944 " 1945 " 2 207,5 "
"	" " 1945 " 1946 " 2 205,8 "
"	" " 1946 " 1947 " 2 199,5 "
"	" " 1947 " 1948 " 2 215,2 "
"	" " 1948 " 1949 " 2 210,0 "
"	" " 1949 " 1950 " 2 316,8 "
"	" " 1950 " 1951 " 2 359,2 "
"	" " 1951 " 1952 " 2 343,2 "
"	" " 1952 " 1953 " 2 346,2 "
"	" " 1953 " 1954 " 2 355,3 "
"	" " 1954 " 1955 " 2 364,6 "
"	" " 1955 " 1956 " 2 359,8 "
"	" " 1956 " 1957 " 2 354,2 "
"	" " 1957 " 1958 " 2 361,8 "
"	" " 1958 " 1959 " 2 393,8 "
"	" " 1959 " 1960 " 2 370,6 "
"	" " 1960 " 1961 " 2 380,5 "
"	" " 1961 " 1962 " 2 398,5 "
"	" " 1962 " 1963 " 2 390,2 "
"	" " 1963 " 1964 " 2 402,6 "
"	" " 1964 " 1965 " 2 402,1 "
"	" " 1965 " 1966 " 2 428,8 "

Die im weiteren Verlauf von Deutschland zu bewerkstelligenden Zahlungen gehen aus folgender Übersicht hervor, unter Vorbehalt der diese Jahre betreffenden besonderen Bestimmungen:

1966/67 . . . 1 607,7	1974/75 . . . 1 668,4
1967/68 . . . 1 606,9	1975/76 . . . 1 675,0
1968/69 . . . 1 616,7	1976/77 . . . 1 678,7
1969/70 . . . 1 630,0	1977/78 . . . 1 685,4
1970/71 . . . 1 643,7	1978/79 . . . 1 695,5
1971/72 . . . 1 635,9	1979/80 . . . 1 700,4
1972/73 . . . 1 662,5	1980/81 . . . 1 711,5
1973/74 . . . 1 665,7	1981/82 . . . 1 687,6

1982/83 . . . 1 691,8	1985/86 . . . 925,1
1983/84 . . . 1 705,3	1986/87 . . . 951,4
1984/85 . . . 1 685,5	1987/88 . . . 897,8

In den Zahlen ist der Zinsendienst für die Dawesanleihe, auf den in den nächsten fünf Jahren rund 90 Millionen im Jahre, die sich dann allmählich verringern, entfallen, nicht enthalten. Vom elften Jahre ab wird die Zwei-Milliarden-Grenze erreicht. Die Ziffern steigen dann noch weiter langsam an bis auf 2429 Millionen Mark im Jahre 1965/66, um dann wieder langsam auf 898 Millionen im Jahre 1987/88 zu fallen. Einschließlich des Zinsendienstes für die Dawesanleihe beträgt die Durchschnittsannuität bis zum Jahre 1965/66 2050 Millionen. Der Gegenwartswert der neuen Verpflichtungen stellt sich auf rund 56 Milliarden. Das Reparationsgeschäftsjahr läuft in Zukunft vom 1. April bis 31. März, ist also dem deutschen Etatsjahr angepaßt.

Verglichen mit den Leistungen von 2,5 Milliarden auf Grund des Dawesplanes stellt die neue Vereinbarung natürlich einen Fortschritt dar. Im 36. Jahre der Neuregelung beträgt die Jahresleistung 2429 Millionen Mark, annähernd die Normalleistung des Dawesplanes. In den ersten Jahren werden aber Minderleistungen über 700 Millionen Mark erreicht, was für Deutschland eine sehr wertvolle Schonfrist bedeutet. Auch diese Jahresleistungen aufzubringen, ist kein Kinderspiel, und die Zustimmung zu dem Zahlungsplan ist auf der Konferenz in Paris von den deutschen Delegierten nur mit Vorbehalten gegeben worden, die das ungeheure Risiko, das Deutschland durch Eingehen dieser Verpflichtung übernimmt, etwas zu mildern geeignet sind.

Von den Annuitäten bleiben 660 Millionen Mark pro Jahr transferungeschäft. Diese Summe kann zur Mobilisierung der deutschen Zahlung verwendet werden, soweit der internationale Kapitalmarkt das ermöglicht. Der ungeschützte Teil der Annuitäten steht in engem Zusammenhang mit der Zahlung der Reichsbahn, die nach wie vor mit 660 Millionen belastet bleibt. Die Industriebelastung verschwindet aus dem Zahlungsplan; die Sachverständigen empfehlen ihre Beseitigung. Die Belastung des Reichshaushalts, die jetzt, ohne die Erhöhungsmöglichkeiten aus dem Wohlfahrtsindex, 1200 Millionen beträgt, sinkt zunächst auf 1156 Millionen, erreicht im Jahre 1963 mit 1767 Millionen ihren Höhepunkt. Dann hört die Zahlungspflicht der Reichsbahn auf; die Reichskasse ist alleiniger Träger der Zahlungspflicht, die langsam abebbt bis zum Jahre 1988. Der ungeschützte Teil bleibt unveränderlich, nur der Teil, der unter dem Transferzuschuß steht, wächst. Eine Bank für internationale Zahlungen tritt an Stelle des jetzigen Generalagenten, aber unter Mitbeteiligung Deutschlands. Diese Bank hat auch den Transferzuschuß durchzuführen, und es ist die Möglichkeit eingeräumt, ein Moratorium mit allerdings nur zahlungsverschiebender Wirkung für begrenzte Zeit für den ganzen oder einen Teil des transfergeschützten Betrages zu erlassen, ebenso für die innere Zuführung. Die Sachlieferungen werden für das erste Jahr auf 750 Millionen Reichsmark festgesetzt, innerhalb zehn Jahren aber ganz abgebaut. In derselben Zeit verschwindet auch die besondere Reparationsabgabe auf die deutsche Einfuhr in England und Frankreich. Alle Pfänder- und Kontrollmaßnahmen hören auf.

Für die letzten 21 Jahre ist eine Sonderregelung getroffen, wobei die Bank für internationale Zahlungen eine große Rolle spielt. Diese Bank wird mit Kapital in Höhe von 100 Millionen Dollar ausgestattet. Deutschland kann sich wie die Gläubigerländer an der Bank beteiligen, deren Kapital über die 100 Millionen Dollar Stammkapital erhöht werden soll. Ein Teil des Reingewinns soll kapitalisiert werden und zur Deckung der interalliierten Schulden an die Vereinigten Staaten vom 1. April 1966 an verwandt werden. Die internationale Bankwelt verpflichtet sich sehr viel von dieser Reparationsbank, die ja auch in der Tat die einzige Neuierung grundsätzlicher Art ist, die durch die Pariser Verhandlungen dem bisherigen Reparationsplan und den Einrichtungen zu seiner Durchführung hinzugefügt worden ist. Ihr Ausschuß,

befehend aus den Leitern der Notenbanken in Deutschland und den Gläubigerländern, ist auch allgemeine Gutachter- und Revisionsinstanz für den Fall, daß auch der O. Hounqplan die deutsche Leistungsfähigkeit übersteigt.

Erwähnt sei schließlich noch, daß in einem Sondermemorandum eine Verminderung der deutschen Annuitäten vorgesehen wurde für den Fall, daß Amerika seinen ertragsfähigen Schuldner einen Teil der Kriegsschuldenverpflichtungen erläßt. Und zwar ist festgelegt worden, daß Deutschland für die ersten 37 Jahre ein erheblicher Teil (zwei Drittel) und

für die letzten 22 Jahre der Gesamtbetrag des amerikanischen Schuldennachlasses zugute kommen soll.

So ist der neue Reparationsplan gestaltet. Wie er wirkt, muß die Zukunft erweisen. Hierbei ist aber Deutschland nicht mehr lediglich Objekt der Gläubiger, sondern durch Mitbeteiligung an der Reparationsbank in der Lage, unmittelbar und direkt Form und Höhe der Reparationsleistungen zu beeinflussen. Das erleichtert den Schritt ins Ungewisse, der, alles in allem, die Zustimmung zum O. Hounq-Plan bedeutet: eine Zustimmung, die aber aus reparationspolitischen Gründen unvermeidbar war.

## Helgoland.

Von R. Wienecke, Helgoland.

Beim Namen des roten Felsen in der Nordsee drängen sich geschichtliche Erinnerungen und Gegenwartsbetrachtungen in ungewöhnlicher Fülle und Mannigfaltigkeit zusammen. Wie die Insel von der Brandung umspült wird — bald trocken, bald in ungeheuerlichem Ansturm —, so ist Helgoland mindestens in geschichtlicher

hundert der Dertehr von und nach der Insel mit Ausnahme der kurzen Zeit der großen Heringschwärme, ganz gering und in vielen Monaten auch überaus gefährvoll war. Die den roten Felsen umgebenden Klippen brachten ungezählten Schiffen den Untergang, in vielen Fällen, weil sie die Aufnahme eines Helgoländer Koster — obwohl deren Ruf auf und weitverbreitet war — aus furchtsichtigen Gründen ablehnten. Daß die Bevölkerung in solchen Fällen das ihr garantierte Strandrecht voll ausnützte, kann man verstehen, wenn man weiß, wie überaus groß die Not auf der Insel war, nachdem Fischefang unmöglich, das Kostergerbere Helgolands durch die binnenländischen Koster hart beeinträchtigt, der Kreidefelsen, den man abgebaut und nach Hamburg verkauft hatte, unterm Meer verschwand war und sich infolge dessen fast keine Erwerbsquelle mehr ergab.

Dem goldenen, aber kurzen und für die Lebensauffassung der Inselbevölkerung nicht eben günstigen Zeitalter der Kontinental-Sperrung mit ihrer Folge der Schmutzgelei, folgte eine langsame, aber stetige Entwicklung Helgolands zum Seebad. Wenn auch der Begründer des Seebades, Jakob Andreas S t e m m s, schließlich die Insel verließ und verblüht und verarmt in London starb, so konnte sein Abgang die Idee nicht an der weiteren Entfaltung hindern. Bedeutende Bäderärzte traten sein Erbe an, erforchten die Heilwirkungen des hier besonders reinen Klimas und der hochsalzhaltigen Nordsee auf die verschiedenen Organe, verbreiteten durch ihre Kollegenchaft auf dem Festlande unter den Heilungsuchenden die erworbenen Kenntnisse und führten mit wachsendem Erfolg Kuren durch. Nicht nur die besonderen Eigenschaften von Luft und Wasser kamen ihrem Bemühen zu Hilfe, sondern viellecht mit noch größerer Wirkung die unvergleichliche Lage und Schönheit Helgolands.

Die über drei Stunden dauernde Seefahrt vom Festland nach Helgoland, die manchem unbehaglich sein mag, erhöht indessen nur

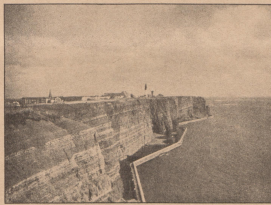


Seebadanfsicht von Helgoland

Phot.: F. Schenck

Zeit unangeseht Gegenstand von politischen Wünschen, Mittel zur politischen und wirtschaftlichen Herrschaft gewesen. Denn auch die Insel dank dieses Umstandes in wechselnder Folge zu den verschiedenen Herrschaftsgebieten gehörte, so war sie doch eigentlich nie in der Stellung eines Untertanenlandes. Jedenfalls bemühten sich die Herrschaftsstaaten bis zu einem hohen Grade immer darum, die Bewohner der Insel gewissermaßen bei guter Laune zu erhalten, indem ihnen Gerechtigkeit belassen und vielfach durch Staatsgesetz die in ähnlich bindender Form ausdrücklich zugesichert wurden. Das gab den Bewohnern Helgolands indessen niemals Anlaß, sich bei Streitigkeiten um den Besitz der Insel auf die Seite einer der streitenden Parteien zu stellen. Sie hielten, wenn ein Zeitwechsel vollzogen war, die Gänge des neuen Herrschaftsstaates ebenso gern und innerlich unbeteiligt wie die des verlassenen, mit Recht nur darauf bedacht, die aus den besonderen Umständen für die Helgoländer erforderlichen Gerechtigkeit sich auch von dem neuen Herrn befähigen zu lassen.

Es ist begreiflich, daß sich unter solchen Verhältnissen bei den Helgoländern ein eigentliches Staatsgefühl nicht herausbilden konnte. Demgegenüber haben sie aber ihr Volkstum mit ungewöhnlicher Fähigkeit hochgehalten, ihre Deutschstämmigkeit und das friesische in Wesen und Sprache. Daran hat auch der Umstand nichts gehindert, daß, wie es bei einem — früher in besonderem Maße — festsiedenden Volk nicht anders erwartet werden kann, Blutmischungen teilweise auch mit romanischen und anderen Völkern, viellecht auch mit gewissen Rassen festsitzenden haben. Hierdurch wurde einerseits der sonst unvermeidlichen Inzucht innerhalb der Inselbevölkerung in einigem Umfange vorgebeugt, andererseits wurden aber diese volkstremden Bestandteile so nachdrücklich einverleibt, daß sie die Charaktereigenschaften, Lebensgewohnheiten, Sprache und den äußeren Lebensschnitt der reinblütigen Inselaner bald vollends annahmen. Das machte um so zuverlässiger eintreten, als bis zum Ende des achtzehnten Jahr-



Die rote Sand von Helgoland

Phot.: F. Schenck

den Zeil, der in der Abgeschlossenheit vom allgemeinen Verkehr, in der innigen Verbindung mit dem Meere liegt. Ja, selbst das unbedequate Müssboosen mit den übrigens geräumigen Motorbooten der Helgoländer gehört mit zu den Besonderheiten. Bei sitimlichem Seegang wird diese Art, das Sand zu gewinnen, allerdings nicht immer angenehm empfunden, aber unter der sicheren, festgewohnten





1. August 1917

**Friedensnote des Papstes.** Der Papst ladet die Kriegführenden ein, „sich über die folgenden Leitsätze zu einigen, welche die Grundlage eines gerechten und dauerhaften Friedens zu bilden geeignet scheinen.“ „An die Stelle der materiellen Gewalt der Waffen trete die sittliche Macht des Rechtes. Daraus ließe sich ein gerechtes und gemeinsames Abkommen ableiten betreffs der gleichzeitigen und gleichmäßigen Verminderung des Rüstungswesens. . . . An die Stelle der Meere trete die Einrichtung des Schiedsgerichts.“ „Ist einmal die Vorherrschaft des Rechtes festgestellt, so mögen alle Schranken der Wege des Völkerverkehrs fallen, indem man die wahre Freiheit der gemeinsamen Meere . . . sicherstellt. . . .“ „Betreffs des Schadenersatzes und der Kriegskosten sehen wir kein anderes Mittel, die Frage zu lösen, als die grundsätzliche Annahme vollständigen gegenseitigen Verzichtes. . . . Allein diese friedlichen Abmachungen . . . sind unmöglich ohne gegenseitige Rückerstattung der augenblicklich besetzten Gebiete. Daher müßte von deutscher Seite Belgien vollständig geräumt, es müßte eine Bürgschaft festgestellt werden für dessen volle politische, militärische und wirtschaftliche Unabhängigkeit, gleichviel welcher Macht gegenüber; desgleichen hätte die Räumung des französischen Gebietes, von seiten der anderen kriegführenden Mächte eine ähnliche Rückerstattung der deutschen Kolonien zu erfolgen. Was strittige Gebietsfragen angeht, wie beispielsweise die zwischen Italien und Osterreich, zwischen Deutschland und Frankreich erörterten, so darf man hoffen, daß in Anbetracht der unermesslichen Segnungen eines Friedens, dessen Dauerbestand durch die Abrüstung verbürgt würde, die streitenden Parteien ihre Ansprüche in versöhnlichem Geist prüfen werden, indem . . . die Wünsche der Völker nach Maßgabe des Gerechten und Möglichen Berücksichtigung finden. . . . Der nämliche Geist der Billigkeit und Gerechtigkeit muß leitend sein bei der Erwägung der anderen territorialen und politischen Fragen, zumal jener, die sich auf Armenien, auf die Balkanstaaten und auf jene Länder beziehen, die einst das Königreich Polen bildeten . . .“

21. August 1917

Der sogenannte „englische Friedensführer“. Das englische Auswärtige Amt weist den Gesandten beim Vatikan, Grafen v. Salis, an, dem Kardinalstaatssekretär Gaspari bei geeigneter Gelegenheit folgendes als Antwort auf die päpstliche Friedensnote auseinanderzusetzen: „Wir haben noch keine Gelegenheit gehabt, unsere Verbündeten wegen der Note Sr. Heiligkeit zu befragen, und sind nicht in der Lage, uns über eine Beantwortung der Vorschläge Sr. Heiligkeit betreffend die Bedingungen eines dauerhaften Friedens zu äußern. Unserer Ansicht nach besteht keine Wahrscheinlichkeit dafür, diesem Ziele näherzukommen, solange sich nicht die Mittelmächte und ihre Verbündeten in offizieller Form über ihre Kriegsziele und darüber geäußert haben, zu welchen Reparationen und Entschädigungen sie bereit sind, und durch welche Mittel in Zukunft die Welt vor Wiederholung der Greuel, unter denen sie jetzt leidet, bewahrt werden könnte. Selbst hinsichtlich Belgiens — und in diesem Punkte haben diese Mächte selbst anerkannt, im Unrecht zu sein — ist uns niemals eine bestimmte Erklärung über ihre Absicht bekanntgeworden, seine völlige Unabhängigkeit wiederherzustellen und die Schäden wieder gutzumachen, die sie das Land ertragen lassen. . . .“ Ein Versuch, die Kriegführenden in Übereinstimmung zu bringen, erscheint so lange vergeblich, als wir nicht über die Punkte im klaren sind, in denen ihre Ansichten auseinandergehen.“

26. August 1917

Die französische Regierung teilt der englischen mit, daß sie auf die Friedensvermittlung des Papstes nicht eingehen könne.

Der britische Gesandte am Vatikan, Graf Salis, erhält von seiner Regierung den Auftrag, in keiner Weise in die Verhandlungen zwischen dem Vatikan und Deutschland einzugreifen und seine Meinung zurückzuhalten, wenn man ihn von neuem danach frage.

27. August 1917

**Antwort des Präsidenten Wilson auf die päpstliche Friedensnote vom 1. August.** „Se. Heiligkeit schlägt im wesentlichen vor, daß wir zum Status quo ante bellum (Vorkriegsstand) zurückkehren, und daß eine allgemeine Verzehrung, Abrüstung und Verständigung der Nationen auf der Basis des Schiedsgerichtsprinzips stattfinden soll, daß durch eine ähnliche Verständigung die Freiheit der Meere erreicht, daß die territorialen Ansprüche Frankreichs und Italiens, die verwirrenden Balkanprobleme und die Wiederherstellung Polens einem versöhnlichen Ausgleich überlassen werden sollen. . . . Das Ziel dieses Krieges ist die Befreiung der freien Völker der Welt von der Bedrohung und der Macht einer gewaltigen militärischen Organisation, die von einer unverantwortlichen Regierung geleitet wird, die im geheimen eine Weltbeherrschung plante, die an die Durchführung dieses Planes ging ohne Rücksicht auf heilige Vertragsverpflichtungen. . . . die ihre eigene Zeit für diesen Krieg wählte, ihren Plan grausam und plötzlich ausführte, sich weder an die Schranken des Gesetzes noch der Wahrhaftigkeit kehrte. . . . und die jetzt als enttäuschter, aber nicht besiegter Feind von vier Fünfteln der Welt dasht. Diese Macht ist nicht das deutsche Volk, sie ist die unarmherzige Gebieterin des deutschen Volkes. . . .“ „Sich mit einer solchen Macht nach dem Vorschlage Sr. Heiligkeit auseinanderzusetzen, würde . . . bedeuten, daß sie ihre Kraft wiedergewänne, ihre Politik erneuerte. . . . Kann ein Friede auf die Wiederherstellung ihrer Macht und auf ihr Ehrenwort begründet werden, das sie bei einem Verträge von versöhnlichem Ausgleichscharakter verpfänden könnte? . . .“ „Wir können das Wort der gegenwärtigen Beherrscher Deutschlands nicht als Bürgschaft für irgendetwas annehmen, was dauerhaft sein soll, wenn es nicht durch den beweiskräftigen Ausdruck des Willens und der Absicht des deutschen Volkes selbst unterstützt wird. . . .“ „Wir müssen einige neue Beweise für die Absichten der großen Völker der Mittelmächte abwarten. . . .“

30. August 1917

**Schreiben des Nuntius Paelli an Reichskanzler Dr. Michaelis.** Paelli übersendet Abschrift der englischen Antwort vom 21. August (s. oben). Der Kardinalstaatssekretär hat ihn beauftragt, die Aufmerksamkeit des Reichskanzlers „in besonderer Weise auf den Punkt hinzu lenken, der sich auf Belgien bezieht, und zu erreichen: 1. eine bestimmte Erklärung über die Absichten der kaiserl. Regierung bezüglich der vollen Unabhängigkeit Belgiens und der Entschädigung für den in Belgien durch den Krieg verursachten Schaden; 2. eine gleichfalls bestimmte Angabe der Garantien für politische, ökonomische und militärische Unabhängigkeit, welche Deutschland verlangt. Sei diese Erklärung befriedigend, so meint Se. Eminenz (der Kardinalstaatssekretär), daß ein bedeutender Schritt zu weiterer Entwicklung der Verhandlungen gemacht würde. Tatsächlich hat der . . . . Gesandte von Großbritannien seine königl. Regierung bereits verständigt, daß der heilige Stuhl auf die (in der englischen Antwort) enthaltenen Mitteilungen antworten wird, sobald er seinerseits . . . die Antwort der kaiserl. Regierung erhalten haben wird.“

30. August 1917

Das britische Auswärtige Amt teilt den britischen Vertretern bei den Alliierten mit, daß nach seiner Ansicht mit Rücksicht auf Wilsons Note an den Papst keinerlei weitere Antwort an den Papst mehr nötig sei.

11. September 1917

Kronrat im Schloß Bellevue. Entsprechend dem Vorschlag des Reichskanzlers Dr. Michaelis und des Staats-

sekretärs von Kühlmann entscheidet sich der Kaiser für den Verzicht auf Belgien und für dessen Wiederherstellung mit dem Vorbehalt, daß die belgische Frage erneut geprüft werden müsse, wenn der Verzicht nicht bis zum Ende des Jahres zum Frieden führe.

19. September 1917

### Deutsche Antwort auf die päpstliche Friedensnote vom 1. August.

Unter Hinweis auf die Mitwirkung der „Siebener-Kommission“ des Reichstages bei der Beratung und Beanwortung der päpstlichen Note betont die deutsche Regierung, „wie sehr es ihr am Herzen liegt, im Einklang mit den Wünschen Sr. Heiligkeit und der Friedenskundgebung des Reichstages vom 19. Juli d. J. brauchbare Grundlagen für einen gerechten und dauerhaften Frieden zu finden“. „Mit besonderer Sympathie begrüßt sie „den führenden Gedanken des Friedensrufs . . . daß künftig an die Stelle der materiellen Macht der Waffen die moralische Macht des Rechtes treten muß.“ Sie teile die Auffassung des Papstes hinsichtlich der Begrenzung der Rüstungen, der Freiheit der Meere und des Schiedsverfahrens. „Deutschland ist durch seine geographische Lage und seine wirtschaftlichen Bedürfnisse auf den friedlichen Verkehr mit den Nachbarn und mit dem fernem Ausland angewiesen. Kein Volk hat daher mehr als das deutsche Anlaß, zu wünschen, daß an die Stelle des allgemeinen Hasses und Kampfes ein versöhnlicher und brüderlicher Geist zwischen den Nationen zur Geltung kommt.“ Von diesem Geiste geleitet werde es den Völkern gelingen, „auch die einzelnen noch offenen Streitpunkte so zu regeln, daß jedem Volke befriedigende Daseinsbedingungen geschaffen werden und damit eine Wiederkehr der großen Völkerkatastrophe ausgeschlossen erscheint. . . . Diese ernste und aufrichtige Überzeugung ermutigt uns zu der Zuversicht, daß auch unsere Gegner in den von Sr. Heiligkeit zur Erwägung unterbreiteten Gedanken eine geeignete Unterlage sehen möchten, um unter Bedingungen, die dem Geiste der Billigkeit und der Lage Europas entsprechen, der Vorbereitung eines künftigen Friedens näherzutreten“.

24. September 1917

Da sich Reichskanzler Michaelis erst durch spanische Vermittlung Gewißheit verschaffen will, ob in London

tatsächlich Verhandlungsbereitschaft bestehe, antwortet er dem Nuntius Pacelli (s. oben 30. August) in einem Privatbrief folgendermaßen: Die Wünsche der deutschen Regierung stimmen mit der Absicht des Kardinalstaatssekretärs überein, die Friedensbemühungen fortzusetzen. Die genaue Präzisierung der Kriegsziele könne zu einer Einigung der Kriegführenden führen. Jedoch müßten beim Meinungsaustausch Objektivität und Achtlung vor dem Standpunkt der Gegner vorwalten. Bei Deutschlands Gegnern trete die Tendenz hervor, „den Mittelmächten die alleinige Schuld an dem Kriege aufzubürden und von ihnen in einem Tone zu reden, als habe ein Angeklagter vor dem Tribunal strenger Richter zu erscheinen“. Auch in dem vom Nuntius überreichten englischen Telegramm klinge eine derartige Auffassung an, doch hätten sich einzelne englische Staatsmänner objektiver geäußert. Die von den Gegnern in der Antwort auf Wilsons Friedensnote bekenntgegebenen Kriegsziele könnten als Grundlage für einen Meinungsaustausch nicht in Frage kommen, da sie die völlige Niederwerfung Deutschlands und seiner Verbündeten voraussetzen. „Sollte es im gegenwärtigen Augenblick zu Gesprächen über die Möglichkeit des Friedens kommen, so können sie nur auf einer neuen Grundlage geführt werden — auf der Grundlage nämlich, daß zur Zeit keine von beiden Parteien besiegt sei und keine der anderen moralisch oder politisch etwas zumute, was von einem stolzen Volke, selbst wenn es besiegt wäre, nicht ertragen werden könnte. Sind wir mithin im heutigen Stadium der Dinge noch nicht in der Lage, . . . eine bestimmte Erklärung über die Absichten . . . im Hinblick auf Belgien und die von uns gewünschten Garantien zu geben“, so liege der Grund hierfür „keineswegs darin, daß die kaiserliche Regierung grundsätzlich der Abgabe einer solchen Erklärung abgeneigt wäre oder ihre entscheidende Wichtigkeit für die Frage des Friedens unterschätze, oder glaube, ihre Absichten und die ihr unumgänglich nötig scheinenden Garantien könnten ein unübersteigliches Hindernis für die Sache des Friedens bilden, sondern lediglich darin, daß ihr gewisse Vorbedingungen, die eine unbedingte Voraussetzung für die Abgabe einer solchen Erklärung bilden, noch nicht genügend geklärt zu sein scheinen. Hierbei Klarheit zu gewinnen, wird das Bestreben der kaiserl. Regierung sein, und sie hofft — falls die Umstände ihr Vorhaben begünstigen —, in nicht allzu ferner Zeit in der Lage zu sein, Eure Exzellenz über die Absichten und nötige Forderungen . . . insbesondere in bezug auf Belgien, genauer unterrichten zu können“.

## D. Die Friedensverträge von Brest-Litowsk und Bukarest

3. Dezember 1917.

**Brest-Litowsk.** Beginn der Waffenstillstandsverhandlungen mit Rußland.

9. Dezember 1917.

**Focsani.** Abschluß eines Waffenstillstandes mit den zwischen Dnjestr und Donaumündung stehenden russischen und rumänischen Armeen.

15. Dezember 1917.

**Brest-Litowsk.** 28tägiger Waffenstillstand mit Rußland; er läuft atomatisch weiter, falls nicht am 21. Tage mit 7tägiger Frist gekündigt. In unmittelbarem Anschluß an Unterzeichnung sollen Friedensverhandlungen beginnen. In einem „Zusatz“ werden schleuniger Austausch der Zivilgefangenen und der dienstuntauglichen Kriegsgefangenen und Maßnahmen zur Wiederherstellung der kulturellen und wirtschaftlichen Beziehungen vereinbart. Regelung der Einzelheiten durch eine in Petersburg zusammengesetzte gemischte Kommission.

22. Dezember 1917.

**Brest-Litowsk.** Beginn der Friedensverhandlungen mit Rußland. Joffe, Führer der russischen Delega-

tion, entwickelt russisches Friedensprogramm: 1. Keine gewaltsame Gebietsaneignung; besetzte Gebiete in kürzester Frist zu räumen. 2. Vollständige Wiederherstellung der politischen Selbständigkeit der Völker, die ihr Selbständigkeit im Kriege verloren haben. 3. Den nationalen Gruppen, die vor dem Kriege politisch nicht selbständig waren, wird die Möglichkeit gesichert, die Frage ihrer staatlichen Zugehörigkeit oder ihrer staatlichen Selbständigkeit durch ein Referendum zu entscheiden. 4. In Gebieten gemischter Nationalität wird das Recht der Minderheit durch ein besonderes Gesetz geschützt, das ihr die Selbständigkeit der nationalen Kultur und, falls praktisch durchführbar, autonome Verwaltung gibt. 5. Keine Erstattung der Kriegskosten. Ersatz der Schäden, die Privatpersonen erlitten haben, aus besonderem Fonds, zu dem alle Kriegführenden verhältnismäßig beisteuern. 6. Koloniale Fragen werden unter Beachtung der Punkte 1 bis 4 entschieden. — Außerdem: Verteilung der wirtschaftlichen Vergewaltigung der Schwachen durch die Starken.

25. Dezember 1917.

**Brest-Litowsk.** Für die Mittelmächte erklärt Graf Czernin, sie seien mit einem sofortigen allgemeinen Frieden ohne gewaltsame Gebietswerbungen und ohne Kriegsschädigungen einverstanden. „Sie erklären feierlich ihren Entschluß, unver-

<sup>1)</sup> Erzberger, Fehrenbach, Ebert, Scheidemann, Graf Westarp, Stresemann, v. Payer.

zöglich einen Frieden zu unterschreiben, der diesen Krieg auf Grundlage der vorstehenden, ausnahmslos für alle kriegführenden Mächte in gleicher Weise gerechten Bedingungen beendet." Es müßten sich aber alle Kriegführenden „innerhalb einer angemessenen Frist ausnahmslos und ohne jeden Rückhalt zu genauesten Beobachtung der alle Völker in gleicher Weise bindenden Bedingungen verpflichten... denn es würde nicht angehen, daß die... Mächte des Vierbundes sich einseitig auf diese Bedingungen festlegen, ohne die Gewähr dafür zu besitzen, daß Rußlands Bundesgenossen diese Bedingungen ehrlich und rückhaltlos aus dem Vierbunde gegenüber anerkennen und durchführen". Zu den sechs russischen Leitsätzen sei folgendes zu sagen: „Zu 1. Eine gewaltsame Aneignung der besetzten Gebiete liegt nicht in der Absicht der Mittelmächte... Zu 2. Es liegt nicht in der Absicht der Verbündeten, eines der Völker, die in diesem Kriege ihre politische Selbständigkeit verloren haben, dieser Selbständigkeit zu berauben. Zu 3. Die Frage der staatlichen Zugehörigkeit nationaler Gruppen, die keine staatliche Selbständigkeit besitzen, kann nach dem Standpunkte der Vierbundmächte nicht zwischenstaatlich geregelt werden. Sie ist... von jedem Staat mit seinen Völkern selbständig auf verfassungsmäßigem Wege zu lösen. Zu 4: Desgleichen bildet... der Schutz des Rechts der Minoritäten einen wesentlichen Bestandteil des verfassungsmäßigen Selbstbestimmungsrechts der Völker... Zu 5... Hiernach würden von jeder kriegführenden Macht nur die Aufwendungen für ihre in Kriegsgefangenschaft geratenen Angehörigen sowie die im eigenen Gebiet durch völkerrechtswidrige Gewaltakte den Zivilangehörigen des Gegners zugefügten Schäden zu ersetzen sein... Zu 6... Die Rückgabe der... Kolonialgebiete ist ein wesentlicher Bestandteil der deutschen Forderungen, von denen unter keinen Umständen abgegangen werden kann. Bei der Natur der deutschen Kolonialgebiete scheint... die Ausübung

Absonderung gehendes Selbstbestimmungsrecht proklamiert hat, nimmt sie Kenntnis von den Beschlüssen, worin der Volkswille ausgedrückt ist, für Polen sowie für Litauen, Kurland, Teile von Estland und Livland die volle staatliche Selbständigkeit in Anspruch zu nehmen und aus dem russischen Reichsverband auszuschneiden. Die russische Regierung erkennt an, daß diese Kundgebungen unter den gegenwärtigen Verhältnissen als Ausdruck des Volkswillens anzusehen sind, und ist bereit, die hieraus sich ergebenden Folgerungen zu ziehen. Da in denjenigen Gebieten, auf welche die vorstehenden Bestimmungen Anwendung finden, die Frage der Räumung nicht so liegt, daß diese gemäß den Bestimmungen des Art. 1 vorgenommen werden kann, so werden Zeitpunkt und Modalitäten der nach russischer Auffassung nötigen Bekräftigung der schon vorliegenden Losrennungserklärungen durch ein Volksvotum auf breiter Grundlage, bei der irgendein militärischer Druck in jeder Weise auszuschalten ist, der Beratung und Festsetzung durch eine besondere Kommission vorbehalten.

Die russische Delegation erklärt hierzu: Wir stehen auf dem Standpunkte, daß als tatsächlicher Ausdruck des Volkswillens nur eine solche Willenserklärung betrachtet werden kann, die als Ergebnis einer bei gänzlicher Abwesenheit fremder Truppen in den betreffenden Gebieten vorgenommenen freien Abstimmung erscheint.

1. Januar 1918.

Brest-Litowsk. Beginn der Friedensverhandlungen mit der Ukraine.

5. Januar 1918.

Brest-Litowsk. Die Delegationen der Mittelmächte stellen in einem Funkspruch an die während der Unterbrechung der Verhandlungen nach Petersburg zurückgekehrte russische Friedensdelegation fest, daß die am 25. Dezember 1917 festgesetzte 10tägige Frist abgelaufen ist, ohne daß von einem der anderen Kriegführenden eine Erklärung über den Beitritt zu den Friedensverhandlungen eingegangen ist.

7. Januar 1918.

Brest-Litowsk. Wiederankunft der russischen Delegation unter Trocki.

9. Januar bis 10. Februar 1918.

Brest-Litowsk. Friedensverhandlungen mit Rußland.

Sie drehen sich im wesentlichen um die Art der Anwendung des Selbstbestimmungsrechts auf die von den Mittelmächten besetzten ehemals russischen Gebiete und um die damit zusammenhängende Frage der Räumung dieser Gebiete. Die Russen wollen die während der Besetzung erfolgten, Losrennung von Rußland und staatliche Selbständigkeit fordernden Kundgebungen der Landtage, Stadtverordneten, Ritterschaften und anderer repräsentativer Körperschaften in Polen, Litauen, Kurland, Livland, Estland nicht als Ausdruck des Volkswillens anerkennen; sie fordern, daß eine über die politische Zukunft dieser Gebiete entscheidende allgemeine Abstimmung nach dem Abzug der fremden Heere und nach Rückkehr der Flüchtlinge stattfinden müsse. Die Mittelmächte, für die — „abweichend von dem, was für Rußland der Fall ist — mit dem Abschluß des Friedens mit Rußland keineswegs der allgemeine Frieden verbunden ist“, sind der Auffassung, „die verfassungsmäßig zuständigen Organe in den neuen Staatsgebilden seien vorläufig als vollkommen befugt anzusehen, den Willen breiter Kreise der Bevölkerung auszudrücken“. Sie sind grundsätzlich bereit zuzustimmen, „daß ein Volksvotum auf breiter Grundlage die Beschlüsse über die staatliche Zugehörigkeit



28. Dezember 1917.

Brest-Litowsk. Deutscher Vorschlag für die beiden ersten Artikel des zu schaffenden Präliminarfriedensvertrages: „Art. 1. Rußland und Deutschland erklären die Beendigung des Kriegszustandes... Deutschland würde... bereit sein, sobald der Frieden mit Rußland geschlossen und die Demobilisierung der russischen Streitkräfte durchgeführt ist, die jetzigen Stellungen und das besetzte russische Gebiet zu räumen, soweit sich nicht aus Art. 2 etwas anderes ergibt. Art. 2. Nachdem die russische Regierung... für alle im Verbands des russischen Reiches lebenden Völker ohne Ausnahme ein bis zu ihrer völligen

der Gebiete sanktionieren soll". Eine Zurückziehung der Heere während der Dauer des Weltkrieges lehnen sie ab. Eine Einigung erweist sich als unmöglich, da sich die Bolschewisten jedem Kompromiß abgeneigt zeigen.

9. Februar 1918.

**Brest-Litowsk.** Unterzeichnung des Friedensvertrages mit der Ukraine: Grenze gegen Österreich-Ungarn die frühere russische Grenze, Grenze gegen Polen so, daß Cholmer Bezirk an Ukraine fällt<sup>1)</sup>. Beginn der Räumung der besetzten Gebiete nach Ratifikation des Friedensvertrages. Gegenseitiger Verzicht auf Ersatz der Kriegskosten und der Kriegsschäden. Entlassung der beiderseitigen Kriegsgefangenen. Gegenseitige Lieferung der Überschüsse an landwirtschaftlichen und industriellen Erzeugnissen.

10. Februar 1918.

**Brest-Litowsk.** Abbruch der Friedensverhandlungen durch die russische Delegation. Ihr Führer Trotzki erklärt: Rußland wolle an dem Kriege keinen Anteil mehr haben, es gebe den Krieg auf und benachrichtige hiervon alle Völker und ihre Regierungen, es gebe den Befehl zur Demobilisierung aller Armeen, die jetzt den Armeen der Mittelmächte gegenüberstünden. Die russische Regierung lehne es aber ab, die deutsch-österreichisch-ungarischen Bedingungen zu sanktionieren. Rußland gehe aus dem Krieg heraus, sehe sich aber genötigt, auf die Unterzeichnung eines formellen Friedensvertrages zu verzichten. Staatssekretär v. Kühlmann entgegnet: Die Mittelmächte stünden mit Rußland im Krieg. Der Waffenstillstandsvertrag bezeichne den Abschluß eines Friedens als den eigentlichen Zweck seines Daseins. Würde also mangels Abschlusses eines Friedens der eigentliche Daseinszweck des Waffenstillstandsvertrages verschwinden, so würden nach Ablauf der vorgesehenen Frist die Kriegshandlungen wieder aufleben. Trotzki erklärt, seine Delegation habe ihre Vollmachten erschöpft und halte es für notwendig, nach Petersburg zurückzukehren.

16. Februar 1918.

Deutschland kündigt die Aufhebung des Waffenstillstandes mit Rußland an.

18. Februar 1918.

Wiedereröffnung der Feindseligkeiten an der großrussischen Front.

19. Februar 1918.

Der Rat der russischen Volkskommissare erklärt sich zur Annahme der Friedensbedingungen der Mittelmächte bereit.

Rumänien ersucht um Friedensverhandlungen.

22. Februar 1918.

Dem russischen Kurier werden die Friedensbedingungen, die von Rußland innerhalb 48 Stunden anzunehmen sind, überreicht.

24. Februar 1918.

Der Hauptvollzugsausschuß der Sowjets nimmt die Friedensbedingungen an und beschließt, eine Abordnung zur Unterzeichnung nach Brest-Litowsk zu senden.

3. März 1918.

**Brest-Litowsk.** Ohne von der ihnen gebotenen Gelegenheit zu Verhandlungen Gebrauch zu machen, unterzeichnen die Russen den Friedensvertrag von Brest-Litowsk. Wesentlicher Inhalt des Vertrages: Beide Teile werden jede Agitation oder Propaganda gegen die Regierung oder die Staats- und Heereseinrichtungen des anderen Teils unterlassen. Die Gebiete westlich der vereinbarten

Linie (s. Skizze) werden der russischen Staatshoheit nicht mehr unterstehen. Rußland verzichtet auf jede Einmischung in die inneren Verhältnisse dieser Gebiete. Deutschland und Österreich-Ungarn beabsichtigen, das künftige Schicksal dieser Gebiete im Benehmen mit deren Bevölkerung zu bestimmen. Rußland wird die völlige Demobilisierung seines Heeres unverzüglich durchführen und seine Kriegsschiffe entweder in russische Häfen überführen oder desarmieren. Rußland verpflichtet sich, sofort Frieden mit der Ukrainischen Volksrepublik zu schließen und den Friedensvertrag zwischen diesem Staate und den Vierbundmächten anzuerkennen. Die Ukraine, Estland, Livland und Finnland werden ohne Verzug von den russischen Truppen und der russischen roten Garde geräumt. Estland und Livland werden von einer deutschen Polizeimacht besetzt, bis dort die Sicherheit durch eigene Landeseinrichtungen gewährleistet und die staatliche Ordnung hergestellt ist. Entlassung der beiderseitigen Kriegsgefangenen. Gegenseitiger Verzicht auf Ersatz der Kriegskosten und der durch militärische Maßnahmen entstandenen Kriegsschäden (einschl. aller Requisitionen in Feindesland<sup>2)</sup>).

5. März 1918.

Unterzeichnung des Vorfriedensvertrages zwischen den Mittelmächten und Rumänien in Schloß Buftea bei Bukarest.

7. März 1918.

Unterzeichnung des Friedensvertrages von Bukarest: 1. Wiederherstellung von Friede und Freundschaft. 2. Demobilisierung der rumänischen Armee (zehn Divisionen bleiben in der Moldau, davon zwei zunächst in Kriegsstärke, acht in verringerter Kriegsstärke; alle übrigen Divisionen sind aufzulösen; das entbehrlich werdende Kriegsgüter wird im besetzten rumänischen Gebiet durch rumänische Depottruppen unter Oberaufsicht der Besatzungsarmee bewacht). 3. Gebietsabtretungen: Rumänien tritt das ihm im Bukarester Frieden von 1913 zugewallene bulgarische Gebiet in der Dobrudscha mit einer Grenzberichtigung an Bulgarien, den nördlichen Teil der Dobrudscha an die Mittelmächte ab, die dafür sorgen werden, daß Rumänien einen sicheren Handelsweg nach dem Schwarzen Meer über Cernovoda—Konstanza erhält; Rumänien willigt in die Berichtigung seiner Karpatengrenze zu Gunsten Österreich-Ungarn. 4. Gegenseitiger Verzicht auf Ersatz der Kriegskosten, Regelung der Kriegsschäden durch spätere Vereinbarung. 5. Räumung der durch die Mittelmächte besetzten Gebiete zu einem später zu vereinbarenden Zeitpunkt, Höchststärke der Besatzungsarmee sechs Divisionen, Übergabe der Zivilverwaltung an Rumänien nach Ratifikation des Friedensvertrages, Unterhalt des Besatzungsheeres auf Kosten Rumäniens. 6. Abschluß einer neuen Donauschiffahrtsakte. 7. Gleichstellung der Religionsbekenntnisse in Rumänien.

Der Friedensvertrag wird durch rechtspolitische und wirtschaftspolitische Zusatzverträge und durch ein Sonderabkommen über wirtschaftliche Einzelfragen ergänzt, die einen engen wirtschaftlichen Anschluß Rumäniens an die Mittelmächte bezwecken. Das zwischen Deutschland und Österreich-Ungarn einerseits, Rumänien andererseits abgeschlossene Sonderabkommen über wirtschaftliche Einzelfragen besteht aus dem Petroleumabkommen (das Deutschland und Österreich-Ungarn, unter Gewinnbeteiligung Rumäniens, das ausschließliche Recht der Ausübung der staatlichen rumänischen Öldolereien sicher), dem Wirtschaftsabkommen (das im wesentlichen den beiden Mächten den Ankauf des landwirtschaftlichen Überschusses Rumäniens aus den Ernten 1918 und 1919 sicher und ihnen die Möglichkeit verschafft, auch den Ankauf der Überschüsse der auf das Jahr 1919 folgenden sieben Jahre ausschließlich für sich zu beanspruchen) und aus dem Schiffsahrtsabkommen (das bei Ausübung der Schifffahrt auf der Donau Deutschland, Österreich und Ungarn die volle Gleichheit mit Rumänien zuspricht).

<sup>1)</sup> Die Zuteilung des vorwiegend polnischen Cholmer Bezirks erregt in Polen eine derartige Empörung, daß eine den ethnographischen Verhältnissen besser entsprechende Grenzziehung vorgeschrieben werden muß.

<sup>2)</sup> Für die durch sonstige russ. Maßnahmen geschädigten Deutschen verpflichtet sich Rußland im Finanzabkommen vom 27. August 1918, 4 Milliarden Mark an Deutschland zu zahlen.



# Wilhelm Kahl zum achtzigsten Geburtstag.

Von Professor Dr. Graf zu Dohna.

Heimatdienst! — Wenn es ein Wort gibt, das den Lebensinhalt des achtzigjährigen Jünglings, den es in diesen Heilen zu feiern gilt, auszuschöpfen vermöchte, es könnte kein sinnreicheres gefunden werden. Heimat im engeren Sinne war ihm das schöne Frankenland, und nie ist in ihm die Liebe und Anhänglichkeit an das Stüd deutscher Erde verlorengegangen, wo seine Wiege stand. Aber wie sein Wirken und Schaffen sehr bald hinausgriff über die Grenzen des heimatlichen Bezirks, so weiteten sich ihm Sinn und Herz zum Bewußtsein, im ganzen Umfang unseres deutschen Vaterlandes heimatberechtigt zu sein. Dieses große Deutschland hat Kahl wachen Sinnes und feurigen Herzens entstehen sehen, hat mit einundzwanzig Jahren es miterkämpfen helfen und hat die reichen Gaben seines Verstandes und seines Gemüts sich auszuwirken lassen im Dienst an dieser deutschen Heimat durch fünf Jahrzehnte. Und als dann, vor zehn Jahren, die deutsche Wehr zerbrach und der stolze Reichsbau in Trümmer ging, traf ihn das Schicksal seines Vaterlandes im Innersten. Er fand damals an der Schwelle des achten Jahrzehnts; und wer hätte es ihm verahnen dürfen, wenn er in Unmut und Entsaugung die schwere Arbeit der Wiederaufrichtung des Staats dem jüngeren Geschlecht überlassen, für sich selber aber die Ruhe gesucht hätte? Statt dessen stellte er sich eben jetzt in das vorderste Glied, um wahrhaft Pionierarbeit zu leisten. Unter schwersten inneren Kämpfen rang er sich durch zur Überzeugung, daß es eitel sei, auf die Wiederkehr einer so jäh versunkenen Epoche zu hoffen, daß es gelte, dem deutschen Volk ein neues Haus, eine neue Zukunft zu zimmern. Hier mit Hand anzulegen, ward ihm innerstes Bedürfnis. So stellte er sich den politischen Gesinnungsgenossen zur Verfügung und ließ sich zum Mitglied der Verfassungsgebenden Nationalversammlung wählen. Seither bildet das Parlament den Schauplatz seines unermüdbaren Dienstes am Vaterland. In den Zeiten tieferster Demütigung, wenige Tage vor der Unterzeichnung des Versailles Documents, feierte die damals kleine Schar seiner Parteifreunde in erster Stimmung, aber um so engerer Verbundenheit den Siebzigjährigen. Keiner, der diese Stunde miterleben durfte, wird sie je vergessen können. Fünf Tage später begründete Kahl im Parlament den Beschluß der Fraktion, die Unterschrift unter den Friedensvertrag zu verweigern: „Wir lehnen ab, weil wir uns sonst ehelos machen würden vor uns selbst und vor der ganzen Welt. . . Wir sind zwar waffenlos, aber wir können die sittliche Kraft eines großen stolzen Volkes entgegenstellen.“ Nie aber hat er, als dann die Entscheidung seiner Mahnung entgegen gefallen war, ein Wort sittlichen Tadels ausgesprochen; denn ihm galt von jeher als Grundsatz, der ihm im Parlament höchste Achtung und tiefste Verehrung entgegen hat, bis zum frischen Beweise des Gegenteils bei dem politischen Gegner das gleiche Pflichtbewußtsein und Verantwortungsgesühl vorauszusetzen, das ihn selbst erfüllte. Und als es dann Ende Juli zur Abtümung kam über die Annahme des Verfassungswerts, da hat er, der als Ausschuhmitglied wertvolle und dankbar anerkannte Mitarbeit geleistet, mit seinen fraktionsgenossen auch hier mit Nein gestimmt, weil, wie sein Parteifreund Heinze des näheren ausführte, es nicht gelungen war, diejenigen Gegengewichte gegen den extremen Parlamentarismus in die Verfassung einzubauen, die die Partei für unerlässlich hielt. Aber auch hier zog Kahl loyal die Konsequenz aus den gegebenen Verhältnissen. Der Verfassung, nachdem sie einmal das Grundgesetz des deutschen

Volkes geworden war, sollte er nicht nur für seine Person die ihr gebührende Achtung; er verlangte daselbe von allen anderen. Und als im April des Jahres 1926 eine Anzahl deutscher Hochschullehrer in Weimar zusammentraf, um die Stellung der deutschen Universitäten zum neuen Staat mit dem Willen zu erörtern, eine Überbrückung der tiefen Gegenätze vorzubereiten, deren Wogen die Kebräle zu umbranden drohten, da fand Kahl erlösende Worte: „Kein Wort der Kritik läßt ich an den akademischen vaterländischen Verbänden, in denen die Flamme reiner nationaler Begeisterung und eines echten tiefen Patriotismus lodert. Sache der geistigen Führer aber ist es, überall die Gewichte der politischen Einsicht und Erfahrung mäßigend einzuwerfen. . . Wir müssen anstreben, in Wort und Tat unter uns eine Verständigung darüber herbeizuführen, daß es einen das Parteiwesen weit zurücklassenden höheren Nenner von Staatsgesinnung gibt, deren Gemeinbesitz unentbehrlich ist, um dem Staat in seinem Ringen nach Wiederaufbau und in seinem Kampf um die Freiheit eine geschlossene und zuverlässige Kraft zur Verfügung zu halten.“ Hier war es auch, wo Kahl die Stellung erneut präziserte, die er in dem Kampf um die Reichsfragen von jeher eingenommen hat:



„Der müßte wahrlich ein Fremdling sein in der deutschen Geschichte, der nicht Herz und Sinn hätte für Schwarzrotgold. Ich grüße mit Ehrerbietung die Reichsflagge. Was ich aber nicht begreifen konnte und kann, ist, daß ein eckliebendes Volk just in der Stunde nationalen Unglücks seine ruhmreiche Fahne herunterholt.“ Verächtlich dünkten ihm die, die mit dem äußeren Umsturz den inneren Gesinnungswechsel zu verbinden wußten. Als moralische Pflicht aber erachtete er es, sich zur Anerkennung des neuen Zustandes der Dinge durchzuringen, um von diesem Boden aus fruchtbare Arbeit zu leisten im Dienst an der Heimat: treu gegenüber der Vergangenheit, frei gegenüber der Zukunft, wie er es mehrfach formulierte.

So habe ich vom Patrioten, vom Menschen zuerst gesprochen. Wohl dem Gelehrten, Wohl dem Politiker, bei dem das edle Menschentum dem Betrachter als erster

Eindruck entgegnet. Aber Kahl war Jurist, und er war es nicht nur in dem Sinne beruflichen Wirkens und wissenschaftlichen Könnens, sondern in dem überragenden Sinn, wonach der wesensbestimmende Drang nach Gerechtigkeit den Juristen ausmacht. Allein schon deshalb konnte sein Interesse sich nicht auf eine einzelne Disziplin beschränken. So streiten sich die Kriminalisten, die Publizisten und die Kanonisten um die Ehre, den Jubilar zu den Iren rechnen zu dürfen. Auf allen drei Gebieten aber hat er nicht nur die Wissenschaft um wertvolle Werke bereichert, sondern auch mitgenutzt an der Fortbildung und praktischen Ausgestaltung des Rechtslebens. Seiner Anteilnahme am Verfassungswert ist schon gedacht worden. Aber nicht nur im Staat, auch in der Kirche hatte er Heimatrecht. Das Verhältnis von Staat und Kirche hat ihn von jeher beschäftigt und ist zweimal Gegenstand überzeugender Darlegung geworden (1906 in der „Kultur der Gegenwart“, 1929 in „Recht und Staat im neuen Deutschland“). Aber auch um das Eigenleben der Kirche hat Kahl sich unvergängliche Verdienste erworben. Hier wieder wollte es das Schicksal, daß er die Verfassung der evangelischen Landeskirche der älteren Provinzen Preußens, an deren Zustandekommen er als Vorsitzender der Evangelischen Vereinigung maßgeblichen Anteil genommen hatte, bei der endlichen Abtümung ablehnen mußte, weil er die bekenntnismäßige Bindung nicht



# Zur Zeitgeschichte

## Pastor D. Schmidt-Wodder.

## Das Ergebnis der englischen Wahlen.

Der deutsche Abgeordnete im dänischen Reichstag, Pastor D. Schmidt-Wodder, feierte am 9. Juni seinen 50. Geburtstag. Wenn aus diesem Anlaß seiner *Nieder* gedacht wird, so nicht nur, weil er als Politiker und geistiger Führer der nord-schleswigen Deutschen die nationalen Auseinandersetzungen zwischen Schleswig-Holstein und Dänemark und zwischen den Deutschen und Dänen in Nord-schleswig auf eine höhere Basis stellte und in große Persönlichkeiten riefte, sondern, und darin liegt die besondere Bedeutung Schmidt-Wodders, vor allem, weil er einer der wenigen ist, die schon in der Vorkriegszeit den Anstoß zu einer Neuorientierung der Minderheitspolitik in Deutschland gaben. Aber nicht nur in Deutschland und bei den deutschen Minderheiten, die sich ja heute jenseits aller deutschen Grenzen in Nord, Ost, Süd und West befinden, wird man am 9. Juni Schmidt-Wodders gedenken, sondern wohl auch überall da, wo durch den Pariser Vorfall im Jahre 1919 die Nationalitätenfrage dringend geworden ist und wo man mit der Erlangung der kulturellen Autonomie um Ordnung und Differenzierungen, um Recht und Gerechtigkeit kämpft.



Pastor D. Schmidt-Wodder gehört zu den im Norden nicht seltenen Menschen, die erst in späteren Jahren zur vollen Entfaltung kommen, war er doch bereits 50 Jahre alt, als seine Heimat ihm zur Führung des Abfahrmangampfes berief und ihm die große Plattform für ein öffentliches Wirken gab. Schmidt-Wodder begründete im Winter 1909/10 den „Verein für deutsche Friedensarbeit in der Nordmark“, der die bisherige Grenzpolitik, wie sie Preußen nach dem allgemeinen europäischen Muster übte, ablehnte und bekämpfte. Auf seiner Seite stand Johannes Tiedje, der in der „Christlichen Welt“ sich gegen die Methoden der preussischen Grenzpolitik wandte, fanden der junge Theologentrat, der Johannes Tiedjes Vorstoß kühlte: Hofmann, jetzt Prediger der deutschen Freigemeinde in Hadersleben, Braren, jetzt Ortsgeistlicher in Hoyer, Alßen, der nach der Abtretung als Oberrichtertrat in Schleswig ein besonders sachkundiger Berater für die grenspolitischen Dinge wurde, Tomesen, der sich 1919 nach schweren inneren Kämpfen von seiner nord-schleswigen Gemeinde löste und als Gründer und jetziger Leiter der Reensburger Volkshochschule eine hoch bedeutende und zukunftstarke Volksbildungsarbeit leistet. Sie alle schickten Schmidt-Wodder als ihren Vertreter in den Vorstand des neu gegründeten Schleswigen Passionsvereins, der sich zur Erörterung, Klärung und zum Weiterbetreiben der aufgeworfenen Fragen bildete. Die eigentliche politische Arbeit Schmidt-Wodders begann aber erst mit der Gründung des Friedensvereins. Eine klare und gerade Linie durchzieht das Programm Schmidt-Wodders während seiner im ganzen mehr als zwanzigjährigen politischen Tätigkeit: Vertiefung des eigenen Volkstums, Anerkennung der nationalen Rechte des Gegners und Bejahung nord-schleswiger Heimatort als der gemeinsamen Wurzel des deutschen und des dänischen Volkstums. Wie sein besonderes Augenmerk vor allem darauf gerichtet war, das nord-schleswigen Heimatdeutschum zu größerem Selbstbewußtsein aufzurufen und ihm die innere Ruhe gegenüber der dänischen Unterwerfung zu geben, so lehnte er auf der anderen Seite jede Provokation ab und forderte die Anerkennung des nord-schleswigen Dänentums als eines gegebenen Tatbestandes. Auf dieser Grundlage hat sich Schmidt-Wodders Auffassung von den Rechten einer nationalen Minderheit entwickelt, die er heute als deutscher Vertreter im dänischen Reichstag nicht nur vor der skandinavischen Öffentlichkeit, sondern, als einer der Hauptvertreter der Minderheitsbewegung überhaupt, in Genuß und andersonso verfiel. — So hat Schmidt-Wodders politische Tätigkeit nicht nur ihre Bedeutung in Nord-schleswig, sondern darüber hinaus für die gesamte deutsche Minderheitspolitik und den Nationalitätenkampf aller Minderheiten.

Die englischen Wahlen haben die Arbeiterpartei zur stärksten Fraktion des Unterhauses gemacht, ihr aber nicht die absolute Mehrheit gegeben. Die Konserwativen, in der Mandatszahl zwar gegen die Arbeiterpartei zurückstehend, in der Wählerzahl aber ungefähr mit ihr gleich, sind immer noch ein sehr bedeutender Faktor. Die Liberalen haben zwar durch die Art des Wahlergebnis, die über die Minderheiten glatt hinweggeht, nur einen bescheidenen Mandatserfolg erlangt, können aber doch über die Hälfte der Stimmenzahl der Arbeiterpartei für sich buchen. Mit einem gewissen Recht fordern sie daraufhin ein Wahlsystem, das die Minoritäten mehr zur Geltung bringt.

In der Tat, das englische Wahlsystem ist nicht für Dreierwahlen eingerichtet. Es rechnet mit zwei großen Parteien, die sich in der Herrschaft abösen. In regelmäßiger Folge verbraucht sich bald die eine Partei, bald die andere, und die Schwungung des Pendels, wie der Engländer es nennt, deutet an, daß die Volkshimmung sich gewandelt hat. Das Ergebnis der Wahlen soll nur bestätigen, was man erwarten darf, daß die öffentliche Meinung der herrschenden Partei treuegeben ist, oder daß sie sich von ihr abgezogen hat. Nur der große Ausfall des Pendels interessiert, nicht aber, wie viele Stimmen im einzelnen der einen oder anderen Partei zugefallen sind. Schiebt sich nun, wie das diesmal der Fall war, eine dritte Partei mit heftigen Absichten zwischen die beiden anderen, so muß die frasse Majoritätswahl verlangen. Und nicht nur das: der Sinn der englischen Regierungspraxis wird überhaupt auf den Kopf gestellt. Der Erfolg der einen Partei durch die andere bedeutete bisher nicht etwa ein ewiges Schwanken zwischen zwei Parteien, sondern im Grunde nur das Hin und Her zwischen zwei politischen Unionen, die beide das Recht hatten, an die Macht zu kommen, weil sie zwei verschiedenen, aber durchaus gleichberechtigten und den Staat gleichmäßig behabenden Bevölkerungsgruppen entsprachen, ja vielleicht sogar oft den verschiedenen Stimmungs- und Interessengruppen in einem und demselben Menschen.

Damals handelte es sich um den Gegensatz konservativ-liberal, im letzten also kein Gegensatz, sondern eine Differenzierung. Namentlich ist mit dem Kampf zwischen Konserwativen und Arbeiterpartei ein sehr viel echterer Gegensatz daraus geworden. Wenn auch die englische Arbeiterpartei nicht den entscheidenden Klassenkampf nach kontinentaler Muster verkörpert und etwa in der auswärtigen Politik die weltpolitische Tendenz des britischen Imperiums (was sich im ersten Kabinett Macdonald deutlich gezeigt hat) bejaht, so ist sie doch eine Kampfpartei, die den politischen Frieden des Inselreichs bedroht und absichtlich bedrohen will. Eine im Besitz befindliche Schicht, die möglichst wenig am Herkommen rühren möchte, und eine aufstrebende Schicht, die sich an die großen sozialen und wirtschaftlichen Probleme Englands sehr viel energischer heranzuwagt, stehen einander diametral gegenüber. Dadurch aber gerade ist Raum für eine dritte Partei, die nicht nur die Aufgabe hat, zwischen den beiden anderen zu vermitteln, sondern mehr: eine zentrale Position zwischen ihnen einzunehmen und damit den brutalen Klassenkampf der Massen zu verhindern. Lloyd George hat diese Aufgabe klar erkannt, aber nicht mit ebenjo guten Mitteln durchgeführt: teilweise waren seine Argumente rein demagogisch und konnten mit viel stärkerer Wucht von der Arbeiterpartei überboten werden, teilweise waren sie abgehandelt und wirkten nicht. Er ist doch alles in allem in den Wahlkampf gezogen als Führer einer Partei wie die beiden anderen, während die Liberalen eine ganz besondere Partei hätten sein müssen, die Zentralpartei, die die zentrale Staatsidee vertrat. Hätten sie sich so geföhlt, so hätte ihnen ihre Mandatszahl relativ gleichgültig sein müssen, sie wären mit dem, was sie ja auch erreicht haben, zufrieden gewesen: das Jünglein an der Wage zu bilden zwischen Konserwativen und Arbeiterpartei. Da Lloyd George aber, geführt auf einen großen, in diesem Falle gefährlichen Wahldosen, den Plan hatte, die Konserwativen wie die Arbeiterpartei aus dem Felde zu schlagen, so weiß er nun natürlich mit Enttäufung auf das Mißverhältnis zwischen der Stimmen- und der Mandatszahl der Liberalen hin. Gibt es in England drei ausgewasene große Parteien nebeneinander, so ist die Majoritätswahl veraltet. Gibt es aber zwei große Parteien wie bisher, dazu eine Sonderpartei nicht der Quantität, sondern der Qualität, so löst sich mit dem bisherigen Wahlsystem auch weiterhin regieren.

Die Folge der demagogischen Haltung Lloyd Georges im Wahlkampf ist nun aber bisher nur, daß Arbeiterpartei wie Konservative

den Liberalismus als schwer gelagerten betrachten und über ihn hinwegzugehen suchen. Die Hoffnungen der Liberalen, in die Kabinettsbildung der Arbeiterpartei mittelbezug zu werden, sind gescheitert. Macdonald hat ein reines Arbeiterkabinet gebildet. Die Konservativen haben dem zugestimmt und sogar verkündet, daß sie bis auf weiteres diesem Kabinet fast play geben würden. Damit ist im Ergebnis daselbe erreicht, was Lloyd George eigentlich erzielen wollte: die Zurückdrängung des nackten Klassenkampfes. Die alte politische Erbweisheit des englischen Volkes, die Abneigung beider großen Parteien gegen die Künste Lloyd Georges und nicht zum wenigsten die gemeinsame Abneigung gegen die Reform des Wahlrechts haben zu einer überraschenden Reingung und Befestigung des englischen Parteilbens geführt. Es ist auch anzunehmen, daß zunächst Macdonald die Konservativen nicht unnötig reizen wird, zumal eine Erklärung von ihm vorliegt, er werde für die nächsten beiden Jahre Neuzuwahl zu vermeiden suchen.

Erbey dieser unangenehm friedlichen Konstellation ist auch England voll hineingerissen in die große Auseinandersetzung zwischen Kapital und Arbeit. Das erweist sich Wahlergebnis deutlich. Nicht veressen werden darf auch, daß zum erstenmal die sogenannten Backfischwähler gestimmt haben. Diese jungen selbstbewußten Damen haben wohl der Arbeiterpartei manchen Zuzug gebracht. Immerhin zeigt das Kartenbild der Wahl, daß dort die Arbeiterpartei die meisten Sitze erobert hat, wo das von vornherein anzunehmen war: in den großen Industriebezirken um London, Cardiff, Birmingham, Manchester, Liverpool bis hinein nach Northumberland und dann in schottischen Industriebezirk um Glasgow herum. Es gibt schon Entwürfe der Arbeiterpartei auf dem platten Land, aber sie sind noch bescheiden.

Dr. Adolf Grabowsky.

### Der deutsch-türkische Schiedsgerichts- und Vergleichsvertrag vom 17. Mai 1929.

Am 17. Mai wurde in Ankara ein Schiedsgerichts- und Vergleichsvertrag unterzeichnet, der namentlich auch zwischen dem Deutschen Reich und der Türkei die friedliche Beilegung aller wesentlichen Streitigkeiten durch Schiedsgerichts- oder Vergleichsinstanzen obligatorisch macht. Dieser Vertrag entspricht in seinem Aufbau den sonstigen bisher von Deutschland abgeschlossenen Verträgen dieser Art. Auch in diesem Vertrage wird ein Verfahren für alle Streitigkeiten vorgesehen, und zwar für Rechtsstreitigkeiten ein schiedsgerichtliches Verfahren mit einem die Parteien bindenden Schiedsgericht, für die anderen Streitigkeiten ein Vergleichsverfahren, bei dem es den Parteien frei steht, die etwaigen Vorschläge des ständigen Vergleichsrates anzunehmen oder abzulehnen. Von den möglichen Rechtsfällen hat die Türkei jedoch die Fälle herauszunehmen gewünscht, bei denen es sich um die sogenannten Souveränitätsrechte handelt. Da die Grenze dieser Rechte zweifellos sehr unbestimmt ist, würde eine bedingungslose Einrede des Vorliegens von Souveränitätsrechten den Kreis der Fälle, die zur schiedsgerichtlichen Beilegung gebracht werden sollen, ganz nach dem Belieben der Vertragsmächte sehr einengen. Um das zu verhindern, ist im Vertrage vorgesehen, daß über die Frage, ob es sich um solche Souveränitätsrechte handelt oder nicht, auf Verlangen einer der beiden Vertragsmächte der Ständige Internationale Gerichtshof zu entscheiden hat. Bezieht das Gericht diese Frage, so wird der Fall demnach vom Vertrage erfaßt; er wird nur nicht mehr vor das Gericht gebracht, sondern dem Vergleichsverfahren unterworfen.

Im einzelnen ist folgendes zu bemerken: Mit Rücktritt auf den Beitritt Deutschlands zur Fakultativ-Klausel des Ständigen Internationalen Gerichtshofes im Haag (vgl. Gesetz über die Antrufung des Internationalen Internationalen Gerichtshofes im Haag vom 17. Februar 1928, *RGBl.* 1928 II, S. 19) ist bereits im Vertrage selbst als Schiedsgericht in erster Linie der Ständige Internationale Gerichtshof vorgesehen worden. Doch haben die Parteien die Möglichkeit, ihn auf Grund besonderer Vereinbarung durch ein Verfahren vor einem besonderen Schiedsgericht zu ersetzen. Bestimmungen über die Zusammenfassung dieses besonderen Schiedsgerichts erschienen mit Rücktritt auf den fakultativen Charakter des besonderen Schiedsgerichts entbehrlich. Ebenso ist die Bestimmung der früheren deutschen Schiedsverträge über das Verhältnis des Schiedsgerichtsverfahrens zu den Verfahren vor den Inlandsbehöden im Interesse der Vereinfachung als selbstverständlich gestrichen worden. Endlich sind diejenigen Bestimmungen in fortfall gebracht, die sich aus dem Statut des Ständigen Internationalen Gerichtshofes ohne weiteres ergeben.

Als Grundlage für den schiedsgerichtlichen Verfahren ist in jedem einzelnen Falle wie in den früheren deutschen Schiedsgerichts- und Vergleichsverträgen eine Schiedsordnung vorgesehen, für den Fall des Nichtzustandekommens einer Schiedsordnung binnen zwei Monaten seit je jeder der beiden Parteien frei, den Ständigen Internationalen Gerichtshof unmittelbar anrufen. Diese Regelung entspricht Bestimmungen früherer Schiedsverträge; nur ist die Fristberechnung geändert.

Gegenstand der Entscheidung des Ständigen Internationalen Gerichtshofes sollen auf Verlangen einer Partei diejenigen Streitfragen sein, bei denen die Parteien untereinander über ein Recht im Streit sind. Insbesondere sind folgende Streitigkeiten gemeint, die betreffen:

1. Bestand, Auslegung und Anwendung eines zwischen den beiden Parteien geschlossenen Staatsvertrages;
2. irgendeine Frage des internationalen Rechts;
3. das Bestehen einer Tatsache, die, wenn sie erwiesen wird, die Erfüllung einer zivilrechtlichen Verpflichtung bedeutet;
4. Umfang und Art der Wiedergutmachung im Falle einer solchen Verletzung.

Das Vergleichsverfahren, das im Falle einer Vereinbarung der Parteien auch bei Rechtsstreitigkeiten dem schiedsgerichtlichen Verfahren vorausgehen kann, ist im übrigen für politische Streitigkeiten bestimmt. Wie in den anderen von Deutschland abgeschlossenen Verträgen gleicher Art ist der Ständige Vergleichsrat die für das Vergleichsverfahren zuständige Instanz. Der Vergleichsrat besteht aus fünf Mitgliedern, von denen jeder vertragschließende Staat je ein Mitglied für sich und die übrigen drei nach gemeinsamer Wahl beruft. Die letzten drei dürfen nicht Angehörige der Vertragsstaaten sein. Das Verfahren geht ganz nach dem Schema der früher abgeschlossenen Schiedsgerichts- und Vergleichsverträge. Auch der Hinweis auf die Bestimmungen des Haager Abkommens zur zentralen Erledigung internationaler Streitfälle vom 18. Oktober 1907 als subsidiäre Grundlage für das Vergleichsverfahren ist früher bereits vorgesehen. Zur Klarstellung ist hinzugefügt, daß der Ständige Vergleichsrat im Zweifel selbst über sein Verfahren entscheidet.

Die in den deutschen Schiedsgerichts- und Vergleichsverträgen übliche Verpflichtung der vertragschließenden Teile, nach Möglichkeit jede Maßnahme zu vermeiden, die auf die Ausübung der schiedsgerichtlichen Entscheidungen oder die Annahme der Vorschläge des Vergleichsrates nachteilig juristisch wirken könnte, ist ebenfalls in der Fassung vereinfacht worden. Die Dauer des Vertrages ist entsprechend der bisherigen Übung auf zehn Jahre festgesetzt worden.

### Die spanischen Ausstellungen und Deutschland.

Spanien feiert in diesem Jahre ein Völkerfest größten Stiles. Es hat die Nationen nach Sevilla und Barcelona eingeladen zur Teilnahme an den Weltausstellungen, die dort gleichzeitig stattfinden und zu ihrem Besuche. Das ganze Land ist gerührt, die Besucher freudig zu empfangen und ihnen die reichen Schönheiten seiner Natur und Kunst und die Größe seiner Geschichte zu offenbaren.

Das zeigt sich in erster Linie in den Ausstellungen selbst. In den beiden Städten, die zu den schönsten Spaniens zählen, haben Meisterhände Raumbilder geschaffen, deren Schicklichkeit auch den Weltfahrern übertrifft und deren Schönheit und charakteristische Gestaltung auch den in ihren Bann zwingt, die vielleicht in seinem künstlerischen Selbner anderen Ausdrucksformen aufreißt. In beiden Ausstellungen sind Reichtümer aus Spaniens glorreicher Geschichte und seinem Kunstschaffen vereint, die allein schon den Menschen und Tieren haben Anlaß zum Besuche auch von entfernten Weltteilen her geben müßten. In dieser Größe und Vielfältigkeit ist Kunst und Geschichte wohl nirgend in der Welt gehäuft.

Sevilla, mit der Entdeckung der neuen Welt geschichtlich aus innigste verknüpft, hat alle Völker und Nationen Amerikas in einem großen Ausstellungsplane vereinigt. Weit aus die meissen haben dort eigene Häuser errichtet oder arbeiten noch daran. Sie sollen die Landeserzeugnisse und Beispiele ihrer Kunst und geschichtliche Erinnerungen zeigen und nach Beendigung der Ausstellung den eigenen Konsulaten als Wohn- und Geschäftsräume dienen.

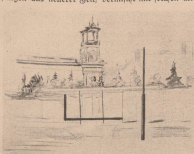
Auch die einzelnen Kanestelle Spaniens haben in eigenen Pavillons Sonderausstellungen dieser Art in größerem oder geringerem Umfange geschaffen.



Ausstellung Sevilla  
Bild auf den Platz von Spanien



Ausstellungsgebäude; so enthält der Pabellon Real wertvolle Stücke spanischer Vergangenheit aus dem Besitze des königlichen Hauses, der Palacio de Bellas Artes spanische Kunst von den Anfängen bis Goya und der Palacio de Artes decorativas interessante Schöpfungen aus neuerer Zeit, vermischt mit solchen älteren Werken.



Ausstellung Barcelona

Deutscher Pavillon

Jedes Gebäude ist in seiner charakteristischen Bauweise und Einrichtung wertvoll für die Erkenntnis der Lebenskraft und des Lebenswillens der spanischen Rasse und ihres Strebens nach enger Verbindung zwischen dem Mutterlande und den Tochterstaaten über See. Den Gipfelpunkt dieser Darstellung einer Gedankenwelt bildet die Plaza de España, ein in gewaltigem Halbkreis errichteter Gebäudekomplex von herrlicher Einheit und Großartigkeit. Es ist, als wollte der weite Bogen mit seinem Durchmesser von mehr als 200 Metern andeuten, daß das Mutterland Spanien die Tochterstaaten mit offenen Armen empfängt. Daß sich in diesem Rahmen die Vereinigten Staaten von Nordamerika tatkräftig zurückhalten und im weitestgehenden Bild ihrer Agrarproduktion, einzelner Industrien und des Verkehrswesens zeigen, ist ein Beweis für ihr feines völkerverbiologische Empfinden.

Deutschland ist, wie alle nicht überischen oder amerikanischen Länder, auf der Ausstellung nicht vertreten. Nur eine Widmung der Gutenpresse in der äußerst wertvollen Buchausstellung gemahnt an deutsche Arbeit für den Kulturfortschritt der Welt.

Dagegen tritt Deutschland auf der Ausstellung in Barcelona auf und würdig in die Erscheinung. Es hat zwar keinen eigenen Industriepalast wie Frankreich und andere Länder. In jedem der wichtigen Fachpaläste aber zeigen deutsche führende Firmen in wirksamer und übersichtlicher Weise ihre Erzeugnisse. Über allen einzelnen Teilen herrscht der einheitliche Geist ruhiger und ernster Schlichtheit unter Verzicht auf auffällige Reklame. Gleichmäßig sind die einzelnen Firmen behandelt, nirgends zeigt sich das Streben, sich besonders auszuzeichnen. Die Proben und Modelle der Produkte sollen durch sich und für sich sprechen.

So ist auch der Wertensatz des deutschen Pavillons, der der Vertretung des deutschen Gedankens als solchen gewidmet ist. Wirkung nur durch das wertvolle Material, nicht durch Glöberung und Ausschmückung des Baues. Die niedere, Innangestrichelte Halle wird durch Glas- und Marmorwände nur teilweise von außen abgeschlossen und im Innern geteilt. Wasseröffnen, im Räume durch eine Frauenstatue belebt, im offenen Vorhofe als langgestrecktes Rechteck die Leitungsführung des geschlossenen Baues wiederholend, heben die ruhige Flächenwirkung.

Es ist nicht zu verkennen, daß der Raum zu dem Formen- und Farbenreichtum seiner Umwelt in hartem Gegensatz steht. Dem fehlt aber jeder fristliche Zug. Er ist ein Ausfluß schließlich doch der jüngsten Vergangenheit der Schöpfung des architektonischen Aufwärtstrebens genommen und dafür die breite und tiefe Einde der barten Notwendigkeiten des Sparens und Sorgens gegeben haben. Wenn je, so tritt diese Tatsache dem Besucher der Ausstellung sinnfällig vor Augen.

Gerade das Aufwärtstreiben eines Volkes und einer Rasse verkörpert sich in dem ganzen Aufbau der Ausstellung von Barcelona

in seltener Vollendung. Der Raum gestaltet bereits die herrliche Natur; am Berge Montjuich baut sich die Ausstellung zu einem solofalen, übermäßigen Bilde auf. Von den tiefen Portalen öffnet sich der Blick über breite Straßen und Treppen, reich gegliedert durch Säulen und Fassaden, vorbei an prachtvollen Ausstellungspalästen, empor zum Nationalpalast, der in besonderer Formschönheit des Bilde die Krönung gibt. Wasserfontäne in verlebendiger Gestalt bilden die Mittelrinne dieses großen, einseitigen Werkes.

In den Pavillons und Palästen kauft sich ein reiches Anschauungsmaterial für Studien über die Produktivität und den Geist der einzelnen Völker. Jedes gibt ein Stück seines Wirtschaftskörpers und seiner Seele. Und wenn auch hier der Ernst des Lebens und der harte Konkurrenzkampf um den Markt recht eindringlich in die Erscheinung tritt, so gewinnen schließlich doch nach längerer Betrachtung über diese Gedanken ernster Art die Empfindungen der Freude und Hoffnung die Oberhand, die sich in der ganzen Ausstellung verkörpern. Denn nicht so sehr aus ernstem, ziestrebendem Überlegen und eigener Konsequenz großer wirtschaftlicher Entwicklungslinien heraus scheint die Ausstellung geboren, wie aus der Lust zu leben und das Leben so schön wie möglich zu gestalten, und aus der Hoffnung auf eine große Zukunft.

Deutschland findet hier in erster Zeit starke feilsche Kräfte, die mitreihen, soweit es unter dem schweren Druck der Lage möglich ist. Es freut sich neidlos am Glücke des befreundeten Volkes, das in seinen Ausstellungen sinnfälligen Ausdruck findet und hofft mit ihm, daß die Zukunft alle Dürnisse erfillt, die es in sie setzt, und daß die Ausstellungen dazu beitragen mögen. In diesem Sinne feiert es mit an dem Feste, das Spanien durch die beiden Ausstellungen der Welt bereitet.

Ministerialrat Dr. Fester.

## Der Völkerverbund der Frauen tagt in Berlin.

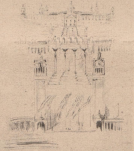
Der Völkerverbund der Frauen, der vom 17. bis 23. Juni seine Volltagungen im Krollchen Opernhaus abhält, feiert seinen 23jährigen Geburtstag, ist also im schönsten Blütenalter. Amwecheln ist er viel älter als der Genfer Völkerverbund, und er kam auf eine ehrenvolle Kaufbahn zurück. Die Organisation, deren offizieller Name lautet: „Weltbund für Fraueninteressen“ mit dem Untertitel „und Staatsbürgerliche Frauenarbeit“, vermag an Ausdehnung, wenn auch leider nicht an Einfluß, mit dem Genfer Völkerverbund zu wetteifern. Sie umfaßt jetzt weniger als 50 Staaten, hat auch sehr eotische Delegierte, namentlich eine Vertretung der Aegerrepublik Liberia, die durch Baron Lehmann hets so wirksam im Genfer Internationalen Parlament repräsentiert wird, noch fehlt. Aber sonst sind so ziemlich alle Länder und Nationen des Völkerverbundes vorhanden: Japan, Indien, Palästina, Arabien, Peru, Neufundland, Ägypten, Jamaika, Cuba, Bermuda, neben all den bekannten größeren und kleineren Ländern von fünf Kontinenten.

Der Zusammenfluß der Frauen zu einem Weltbund für Fraueninteressen, nach provisorischer internationaler Arbeit einiger Jahre, im Juni 1904 in Berlin entsprang der Erkenntnis gemeinsamer Entschaltung, die es durch solidarischen Kampf der Frauen aller Länder zu überwinden galt.

Zu verschiedensten Zeiten kam die Aufhebung des unterdrückten Geschlechtes zum Durchbruch: in der französischen Revolution, im vier Jahr, während der Amerikanischen Sklavenbefreiung, um nur einige Gedenktage zu nennen. Staatsbürgerliche Gleichberechtigung der Frau war gefordert, war in Aussicht gestellt worden, ohne daß es zu bleibender Befreiung kam.

1869 erließen die Frauen des Staates Wyoming als erste politische Gleichberechtigung. Im gleichen Jahr fanden in den Vereinigten Staaten, in England große öffentliche Versammlungen zur Forderung des Frauenwahlrechtes statt, in anderen Ländern folgten Ansätze der Bewegung, die allmählich zur internationalen Organisation führte. Doch blieb der Weltbund zuerst auf neun Staaten beschränkt, seine Vorläuferinnen waren gering an Zahl, Frauen, die sich nicht scheuten, unpopulär zu sein, die sich vor Angriffen und Spott nicht fürchteten. Sie sahen klar, daß ihre Sache gerecht war, mußten, daß aktives und passives Wahlrecht die Schlüsselstellung für alle anderen Forderungen von Beruf, Ausbildung, Geseßgebung sei.

Am Nachmittage des 4. Juni vollzog sich die geschichtliche Gründung, unter dem Ehrenvorsth der schäbigen Susan B. Anthony, der Pionierin der amerikanischen Bewegung und unter dem Vorsitz ihrer Landsmännin Carrie Chapman Catt. Die Begründerinnen des deutschen Völkerverbundes waren Dr. Anita Augspurg, Minna Cauer, Elise Gshäpfer, Hermann. Reich wuchs unter energischer Leitung, allmählich zum Troh, die neue Organisation. In zehn Jahren hatte sie



Einang zur Ausstellung in Barcelona

26 Länder erobert, Schritt für Schritt setzte sich die Teilnahme der Frauen am politischen Leben durch, in einzelnen Ländern rascher, in anderen, darunter auch in Deutschland, sehr zögernd.

Der Völkerverbund der Frauen überarbeitete selbst die schwere Belastungsprobe des Krieges, gegen den insbesondere die englischen Vorstandsmitglieder mit aller Energie protestierten und der es nicht vermochte, die Solidarität zu zerlösen. So trat denn der Weltbund 1920 in Genf wieder zu seiner ersten Tagung zusammen. Angeheuer sehr hatte sich in diesen Jahren des Völkerverbundes die Stellung der Frau geändert, aus allen Ländern kamen Staatsbürgerinnen, verschiedene Parlamentarierinnen, in einem großen Teil der Welt war der noch vor kurzem so heiß umstrittene Eintritt der Frau ins politische Leben Wirklichkeit geworden. Mitten in wirtschaftlichen Krisen, vielfach inmitten unruhiger politischer Zustände, war die Frau Mitverantwortliche und Mitarbeiterin geworden.

Es galt, die alte Arbeit fortzusetzen für noch rechtlose Mitbewerberinnen, zugleich das Programm zu erweitern, die neuen Staatsbürgerinnen auf die Erfüllung ihrer Pflichten hinzuweisen, den Einfluß der Frau im öffentlichen Leben zu stärken. Den Ausschüssen ermahnen umfassende Aufgaben: Herbeiführung der Gleichstellung der Frau im bürgerlichen und im Strafrecht, Bekämpfung von Prostitution und Mädchenhandel, Erringung gleicher Entlohnung für weibliche Berufstätige, Verbesserung der Lage der unehelichen Mütter und Kinder, Wahlrecht der Frau hinsichtlich ihrer Staatsangehörigkeit — diese und noch andere Probleme werden zur Zeit bearbeitet. Immer mehr wird als wichtigstes Ziel Völkerverständigung durch die Frauen erkannt, auch den Berliner Kongreß behandelte große Friedenskonferenzen. Ganz besonders einflußreich verpflanzte die Friedensfeierwunde in der Volkshalle, Sonntag, den 23. Juni, 1934 Uhr, zu werden. Sprechchor, erste Künstler des Staatstheaters, Friedenserklärung von Frauen aus 45 Ländern sind vorgelesen.

Diese Einstellung zur Völkerverständigung gibt der Tagung ihre besondere politische Bedeutung. Die deutsche Reichsregierung, die Preussische Regierung, der Deutsche Reichstag, der Magistrat der Stadt Berlin, der Deutsche Städtetag würdigten den Besuch so vieler politisch interessierter Frauen aus allen Gegenden der Welt durch Unterstützung des Kongresses und durch Einladungen.

Seit Monaten wird in den verschiedensten lokalen Komitees die Tagung vorbereitet, viele geistreiche Privathäuser geben Empfang, Besichtigungen unserer Kunstschätze, soziale Führungen sind vorgesehen. Der ähner Rahmen entspricht dem eines Ereignisses großen Stiles, der Kongreß der tausend Frauen, mit mindestens so viel Delegierten und Gästen ist zu rechnen, wird gewiß auch das große Publikum anlocken. Wenn aber auch ein solcher Rahmen als heute unerlässlich für größere internationale Veranstaltungen gilt, es sei klar betont, daß die wesentliche Bedeutung dieser Zusammenkunft nicht in Empfangen und Gefelicitäten besteht, sondern in ihrer ernster Arbeit. Aus dieser Arbeit sachkundiger Frauen verschiedener Rassen und Nationen entwickelt sich gefestigteres soziales Verständnis. Die Solidarität wird Rückhalt für Frauen noch weniger entwickelter Länder, die aus langer Abgeschlossenheit, zum Teil direkt aus streng behütetem Frauengemach in den Kampf der Öffentlichkeit traten, wie für Frauen entwickelter Kulturstaaten, die noch vergebens ihre Rechte fordern.

Der Weltbund ist ein starker Antiposten im Streben nach internationaler Verständigung, in ihm lebt der Wille, befriede und unbefriedete Frauenkräfte einzusetzen zur Verhütung jedes Krieges. Diesem großen Willen gegenüber treten alle etwaigen Meinungsverschiedenheiten in Einzelfragen zurück. Es ist kein Geheimnis, daß sich Frauen so verschiedener Rassen, Nationen, Berufsstände und Parteien zusammenzufinden vermögen in der Erkenntnis ihrer Verantwortung für Leben und Zukunft der Menschheit.

Adèle Schreiber, M. d. R.,  
Erste Disziplinarpräsidentin des Weltbundes  
für Frauenstimmrecht und Staatsbürgerliche Frauennarbeit.

## Paul Rohrbach 60 Jahre.

Der 29. Juni dieses Jahres gibt den äußeren Anlaß, einem der lange Zeit fruchtbarsten politischen Schriftsteller Dank zu sagen. Mit Rohrbachs Namen stellt sich die Erinnerung auch an Harnack und Delbrück ein, die beiden Lehrer, von denen der junge Balte als Berliner Theologiestudent ausgegangen und mit denen er heute noch in lebendiger Freundschaft verbunden ist. Den theologischen Doktor und ausgebildeten Historiker löst aber nicht die akademische Laufbahn, sondern die Weltpolitik und ihre Publizistik. Der Einfluß der Geographen Ribbentrop macht Rohrbach — noch ehe von „Geopolitik“ über-

kaupt die Rede ist — zu einem wirklichen Geopolitiker, der alle Weltteile immer wieder bereist (den nahen Orient einige Male mit Dr. Schacht und mit zusammen), der die politischen Probleme erkennt und erforscht und sie anschaulich und anregend darstellt. Er wird der Außenpolitiker unseres national-sozialen Kreises um Friedrich Naumann, wird des Redakteur der Raumnachrichten „Zeit“ und ist fast ein Jahrzehntlang der Herausgeber der „Deutschen

Politik“ gemeinsam mit mir. „Der deutsche Gehanke in der Welt“ — dieser Titel seines verbreitetsten Buches, das wohl Millionen Leser erreicht hat, formuliert auch seiner Aktivität Ziel und Sinn und Weg, etwa wie Friedrich List: „Im Hintergrund aller meiner Pläne liegt Deutschland.“ Die offizielle Reichspolitik hat zweimal seine Kenntnisse, Begabung und Beratung sich zu eigen gemacht: in Deutsch-Südwest-Afrika als Reichskommissar für die Infanterie und während des Krieges in unserer Zentrale für Auslandsdienst, die ihn auch mit Prinz Max vor, während und nach seiner Reichstagsparlament in eine aus dessen Memorien öffentlich bekanntgemachte, intime Zusammenarbeit gebracht hat. Rohrbachs besonderes Interesse am Auslandsdeutschtum hat ihn jetzt in die Deutsche Akademie nach München geführt, wo er die Auslandsdeutsche Abteilung leitet. Die Freunde lieben Paul Rohrbach auch wegen seines Charakters, dankten ihm für vielerlei fruchtbare Anregung und wünschen ihm ein herrliches ad multos annos. E. J.



## 150 Jahre Nationaltheater in Mannheim

Von Dr. Heinrich Dreifuß

Mannheim begeht in diesem Sommer ein Fest, dessen Bedeutung die Grenzen der Stadt jenseit, dessen Anlaß ein lebensvolles Stück deutscher Kulturgeschichte ist. Die Entstehung und frühe Blütezeit des Mannheimer Nationaltheaters verkörpert in augenfälliger Weise den Übergang höfischer zu bürgerlicher Kultur. Ein volles Jahrzehnt vor Ausbruch der französischen Revolution begann sich, friedlich und verantwortungsbewußt, der Gemeinfinn der Bürger jener Kunstpflege zu bemächtigen, die bis 1779 ein Privileg des Kurfürsten Karl Theodor gewesen war. Dabei verdrängte sich das Zerstören, das mächtig emporkommende deutsche Nationalbewußtsein gegenüber dem Vorzug, den italienische Opern und französische Balletts genossen, durch die Errichtung eines Deutschen Nationaltheaters zu stärken und fest zu gründen, einen hartnäckigen Ausdauer. Vorkämpfer war der kurfürstliche Freierzer von Dalberg, dessen Wagemut die erste Aufführung von Schillers Räubern und von Kabale und Liebe, trotz revolutionärer und gegen die Gesellschaft

gerichteter Tendenzen, durchsetzte. Dalbergs gleichermäßen idealen wie praktischen Genius veranschaulichten die Worte eines seiner Mitarbeiter:

„Ein gutes Nationaltheater bildet die Einwohner in der Sprache, in den Sitten, in der Denkart, vermindert den Luxus im Mittelslande, bereichert den Bürger, macht moralisch gute Menschen, ist für den Staat Ökonomie. Der Schauspielerei ist gleichsam Bürger, der Beitrag des Fürsten, die Entlohnung der bemittelten Einwohner und der Fremden geben durch seine Hände in die Hände des Armen; das Geld erhält Umlauf und bleibt im Lande.“

Zu gleicher Zeit, schon 1779, finden wir bei Dalberg das uns gerade im Zusammenhang mit dem Theater so modern anprechende Argument der Fremdenverkehrswerbung. Er schreibt: Ein ständiges Theater für Mannheim soll „durch Schauspiele Fremde und

Benachdarte in diese Stadt lösen". Der hohen Anforderung, die Dalberg und die Mannheimer Bürgerhöf, der die Qualität der Bühnendarbietungen steilern, kam die Klaffigkeit des Hoftheaters in Gothe entgegen, durch die es möglich wurde, neben anderen den berühmten Jffland nach Mannheim zu ziehen.



Anton Freiherr von Dalberg  
der Verkämpfer der deutschen Nationaltheater

schle Caffit und Mannheimer Musik setzen die Deutschen über alle Döcker weg." Die Kunstverhängnisse Europas waren sich einig, daß es kein besseres Orchester gab als die Mannheimer Hofkapelle unter Stamitz. 1777 schon hatte man mehrmals vorgeschlagen den Versuch gemacht, Kessing als Dramaturgen zu gewinnen. Und Wieland hatte geschrieben: "... nach Mannheim muß ich, denn ich will und muß einmal in meinem Leben mit an Musik erstatten, und wann oder wo werde ich jemals dazu bessere Gelegenheit finden?"

Trotz alledem feiert man die 150. Wiederkehr des Jahres 1779 nun mit vollem Recht. Dalberg setzte damals etwas, außerhalb der Kreise um Kessing und Joseph II. in Wien, einmaliges durch: Entgegen der Tradition wandernder Komödianten und entgegen der Tendenz des Theaters, bösscher Zeitvertreib und Luxus zu sein, schuf er ein deutsches Nationaltheater nicht nur, sondern eine Bühne in jenem heute noch gültigen höheren Sinne, der die Arbeit an einem bewußt ausgewählten Repertoire in sich schließt, eine Bühne, die einem harmonisch zusammengefügten Schauspielerelemente individuelle Entfaltungsmöglichkeiten gewährt. Kurzum: Das Jahr 1779 bezeichet den Anfang des Theaters als eines Institutes der Volksebildung und der Volkserziehung, als einer — um mit Schiller zu sprechen — „moralischen Anstalt“.

Bei solch hohen Plänen und Zielen war es natürlich, daß man 1785 Schüler als Theaterbildner verpflanzte. Die Uranföhrung der „Räuber“ am 13. Januar 1782 war von höchstem Erfolg begleitet gewesen. Freilich hatte Dalberg die Dorsicht walten lassen, die Handlung um drei Jahrhunderte zurückzuverlegen, hatte den Schauspielern altdeutsche Kostüme angezogen und die Möglichkeit aktueller Wirkung außerdem noch durch zahlreiche Striche und Änderungen gemildert. „Ich muß erkaunern“, schrieb Schiller, „welche unübersehbare scheinende Hindernisse der Herr Präsident von Dalberg beziegen mußte, um dem Publikum das Stück aufzuführen zu können“. Und von einem Augenzeugen der ersten Vorstellung ist der Bericht überliefert: „Das Theater gleich einem Irennhaufe, rollende Augen, geballte Fäuste, stampfende Füße, bessere Aufmerksamkeit im Zuschauerraum! Fremde



Das Nationaltheater in Mannheim

Menschen fielen einander schluchzend in die Arme, Frauen wankten, einer Ohnmacht nahe, zur Türe. Es war eine allgemeine Auflösung wie in Chaos, aus dessen Uebel eine neue Schöpfung hervorgeht!“

Selen wir ab vom überfchwemalichen Pathos dieses Berichtes — es waren doch wohl glückliche Menschen, die durch Theaterpiel so zu erfüllen, in ihrem Inneren zu paten waren, die so zu erleben verstanden!

Die hohen Absichten des Nationaltheaters unter Dalberg und Jfflands Leitung enthüllt uns am besten ein kurzer Blick in das Repertoire. Als zweite Dorfstellung nach der Gründung gab man den „Samlet“, bald darauf den „Kear“ und den „Kaufmann von Venedig“. Kessings „Mima von Barnhelm“ und „Emilia Galotti“, Goethes „Clavigo“ und „Göh von Berlichingen“, Moliere und Schiller, an Opern der „Barbier von Sevilla“, in Anwesenheit Mozarts „Figaros Hochzeit“ — um nur wenige Beispiele zu nennen — wurden aufgeführt. Großen Beifall fanden die zahlreichen, heute vergessenen Stöcke Koehebes und Jfflands. Es kam die Franzosenzeit. Nicht allein Krieg und mangelnde Mittel, sondern auch Verwaltungsschwierigkeiten, Engstirnigkeit und Theaterförscher führten, nach Jfflands Ausscheiden, zum Niedergang der klassischen Epoche. Erst in den fiebziger Jahren des vorigen Jahrhunderts machte die Mannheimer Bühne wieder von sich reden: an der Durchföhrung Richard Wagners hatte sie entscheidenden Anteil. „Die Mannheimer haben in mir zuerst den Glauben an die praktische Verwirklichung meiner Pläne befestigt“ — sagte Wagner.



August Wilhelm Jffland

Aber man wurde mit der Zeit immer mehr „Proving“, wie man heute sagt. Lieben der Reichshauptstadt gelang es anderen Bühnenstädten nicht mehr, die großen Kräfte sich zu verpflanzten. Es ist schon viel, daß es Mannheim vergönnt war, fördernd in das Leben Carl Maria von Webers, Hugo Wolfs, Felix Weingartners, Kurtwagners einzugreifen, auch in das von Richard Strauß, dessen „Salome“ gleich nach der Dresdener Uranföhrung in Mannheim gespielt wurde und dessen „Rosentanzler“ im Sommer 1929 als festvorstellung um Komponenten geleitet werden wird, im Rahmen einer großzügig geplanten Festwoche, die auch eine Wiederanföhrung der „Räuber“ bringt. Man förderete in Mannheim all die Genannten, ohne doch große Talente halten zu können, nicht immer infolge des Zwangs mangelnder Geldmittel, sondern wohl auch zuweilen infolge mangelnder Entdeckungsgabe. Der Mannheimer Albert Daffermann jing als Dolmäter am Nationaltheater, eine Gage schien seine spröde Stimme nicht wert. Anmerken: Albert Daffermann trug heute Schmutz, die Auszeichnung des größten deutschen Schauspielers und Menschendankers, die immer an Mannheims große Zeit erinnern wird, den Jfflandring.

aus der letzten Nationaltheater

Die Räuber.

Das erste Programm von Schillers Kesserpriest

Schauspiele	
1. Die Räuber	2. Die Gelehrten
3. Die Gelehrten	4. Die Gelehrten
5. Die Gelehrten	6. Die Gelehrten
7. Die Gelehrten	8. Die Gelehrten
9. Die Gelehrten	10. Die Gelehrten
11. Die Gelehrten	12. Die Gelehrten
13. Die Gelehrten	14. Die Gelehrten
15. Die Gelehrten	16. Die Gelehrten
17. Die Gelehrten	18. Die Gelehrten
19. Die Gelehrten	20. Die Gelehrten
21. Die Gelehrten	22. Die Gelehrten
23. Die Gelehrten	24. Die Gelehrten
25. Die Gelehrten	26. Die Gelehrten
27. Die Gelehrten	28. Die Gelehrten
29. Die Gelehrten	30. Die Gelehrten
31. Die Gelehrten	32. Die Gelehrten
33. Die Gelehrten	34. Die Gelehrten
35. Die Gelehrten	36. Die Gelehrten
37. Die Gelehrten	38. Die Gelehrten
39. Die Gelehrten	40. Die Gelehrten
41. Die Gelehrten	42. Die Gelehrten
43. Die Gelehrten	44. Die Gelehrten
45. Die Gelehrten	46. Die Gelehrten
47. Die Gelehrten	48. Die Gelehrten
49. Die Gelehrten	50. Die Gelehrten
51. Die Gelehrten	52. Die Gelehrten
53. Die Gelehrten	54. Die Gelehrten
55. Die Gelehrten	56. Die Gelehrten
57. Die Gelehrten	58. Die Gelehrten
59. Die Gelehrten	60. Die Gelehrten
61. Die Gelehrten	62. Die Gelehrten
63. Die Gelehrten	64. Die Gelehrten
65. Die Gelehrten	66. Die Gelehrten
67. Die Gelehrten	68. Die Gelehrten
69. Die Gelehrten	70. Die Gelehrten
71. Die Gelehrten	72. Die Gelehrten
73. Die Gelehrten	74. Die Gelehrten
75. Die Gelehrten	76. Die Gelehrten
77. Die Gelehrten	78. Die Gelehrten
79. Die Gelehrten	80. Die Gelehrten
81. Die Gelehrten	82. Die Gelehrten
83. Die Gelehrten	84. Die Gelehrten
85. Die Gelehrten	86. Die Gelehrten
87. Die Gelehrten	88. Die Gelehrten
89. Die Gelehrten	90. Die Gelehrten
91. Die Gelehrten	92. Die Gelehrten
93. Die Gelehrten	94. Die Gelehrten
95. Die Gelehrten	96. Die Gelehrten
97. Die Gelehrten	98. Die Gelehrten
99. Die Gelehrten	100. Die Gelehrten

Das erste Programm von Schillers Kesserpriest

mann trägt heute Schmutz, die Auszeichnung des größten deutschen Schauspielers und Menschendankers, die immer an Mannheims große Zeit erinnern wird, den Jfflandring.

Und noch ein Ueberbleibsel jener klassischen Zeit ist geblieben. Mehr als in Berlin oder anderen, namentlich norddeutschen Theaterstädten betrachtet der Mannheimer heute noch seine Bühne als eine „moralische Anstalt“, und der Bürger familienbildender Teil sieht es nur ungern, wenn die ebaldende Massenrädicht Schläger und zugkräftige Poffen bevorzugt.



Das Nationaltheater und der Schillerplatz in Mannheim nach einem Stich von Anton Rauber

Geschäftliche Mitteilungen.

**Eine Nordlandreise für RM. 140.—** Wie aus der Anzeige in der gleichen Ausgabe hervorgeht, veranfaßt die Hamburg-Ges. auch in diesem Jahre wieder eine Nordlandreise mit ihren bekannten Schwefelbädern der „Monte-Carvele“, folgender Plan ist entworfen: 1. Fortreise nach den idyllischen Fjorden von Südnord-Norwegen vom 6. bis 14. Juli. (Hamburgpreis 140.— RM.). 2. Eine Rückreise über die idyllische Fjorde nach dem Nordkap vom 3. bis 10. Juli. (Hamburgpreis 270.— RM.). 3. Fjordeabenteuern vom 17. Juli bis 7. August und vom 8. August bis 20. August nach der Rundreise von Spitzbergen über das Nordkap und auf der Eins- und Ausfahrt über besonders idyllische norwegische Fjorde. (Hamburgpreis 220.— RM.). Die Reiseleiter führt in die idyllischen Meeresschwärme von Südnord-Norwegen. Auf den Ausfahrten wird u. a. Grönland im Winterfeld besucht. Die Nordreise führt die Touristen durch Fjorde und die Welt der Felsen nach dem Nordkap, Fjorde, Schwefelbäder. Eine ähnliche Reise schlagen die beiden Spitzbergenfahrten ein, die aber außer der Kenntnis von Norwegen auch noch den Besuch von Spitzbergen vermitteln, ja bis an die Grenze des Nordpolargebietes führen, wo es kein Schwefelbäder mehr gibt. Spitzbergen ist ein ganz eigenartiges Land. Dolomiten- oder Alpenjenseiter in geologischer See gefaßt, die hier von großen Ummauern, die in unvollständigen Schichten liegen. Es sind also, die mit Alpenjenseiter voll hinter Rücken hart neben großen Felswänden absteigen. Zerstreuung, nur dann und wann das Schreien von Seehunden. Wenige Menschen leben auf Spitzbergen, nur Bergleute und im Winter Bergarbeiter. Spitzbergen ist Norwegen beschriftet und höher in der Natur. Seine Zentren weichen in den Fjorden ab mit Feldern und Baumstümpfen. Die Fjorde sind besetzt und dienen fischereierzeugend. Die Fjorde sind ungenutzte Wege und Felsabgänge, und über all herum hauset der nordische Alpenwelt lagert himmelhohe Fels, fernab jedem Menschen und Waldjenseiter. Er besteht eine Nordlandreise Schweden ungeachtet landförmiger Schwefel, aber auch Ausspannung und Schwefelung.

**Eine Stube ohne Wohnung** ist immer wieder ein guter Erfolg. Da aber der Raum eines Zimmers fast eine große Vertrauenssache ist, muß die Stube des Verkäufers sorgfältig getroffen werden. Auf Grund eigener Erfahrung können wir Ihnen anbieten mehrere Zellen aus warmen die allererste eigene St. Zeppl-Doget, Berlin, Potsdamer Straße 14, empfehlen. Die Zellen sind gefällig worden zu einem unerschütterlichen Besuch der wichtigsten Lage in der Potsdamer Straße 14 eingelassen, während ausgedehnte Interzessionen die Kataloge einfinden können.

**5 Tage zur Ansicht Ohne Anzahlung**

**„ULTRAPHON“**

Type U 381  
Barpreis **85 M.**  
Teilzahlungs-  
zuschlag 10%  
Monatarate nur **7,50 M.**



Das Wunder an Klangfülle und Ton-schönheit

Der „Ultraphon“-Kelleraapparat Type U 381 war das Ereignis der letzten Leipziger Messe. Die ersten Apparate sind jetzt lieferbar. Der Preis von 85 M. ist, gemessen an den Vorzügen, absolut konkurrenzlos. Er ist zur erklärlich durch die Leistungsfähigkeit der „Deutschen Ultraphonwerke“, die einem der größten Weltkonzerns der Hochschallplatten- u. Tonfilmindustrie angehören. Ausstattung des U 381: Elegantes leichtes Holzgehäuse mit schwarzem Ebenholz, Nickelbeschläge, Lackel mit Schloßschappachbolz. Kristallines Schallkondensator, Metallschallkondensator mit Kippkugel, 20 cm Plattenständer mit Hochbohrung, Tempo-Regler-Vorrichtung, Selbsttätig schaltendes Nordöcher. Spezial-Feder-Tragtrieb. Maße: Höhe 13 cm, Tiefe 37 cm, Breite 28 cm. Gewicht: 4,8 kg netto.

**RM 1,50 NEU!** Die doppelteigige, elektrisch aufgenommene 20 cm DEBBY Langspielplatte (Inhalt einer 25 cm Platte)

- Kleine Auswahl:  
Dichter u. Bauer I Cavalleria „Friederike“ O Mädchen  
Dichter u. Bauer II Aida „Friederike“ Bah ein Knab  
Verzeihen auf Verlangen  
Friederike-Rex Fehrbellner Reiterm. Nübbe im Schwarzwald  
Rechenberger Kreuzritterfarazen Türkische Scherwache  
Ich küsse ihr Hand, Madame Mondnacht d. A. Abler Rheinlandmädel  
Vier Worte möchte ich dir sagen Donauwellen Wenn d. w. Füller  
Odeon, Electra, Grammophon, Columbia  
sowie jede andere Platte zu Originalpreisen.

**Bestellchein:** Ich bestelle bei der Ultraphon-Verkaufsstelle Kalkutta 4, Berlin W 35, Potsdamer Str. 14, 1 Kollernappart U 381 laut Anzeige zum Barpreis von 85 M. gegen Teilzahlung (Zuschlag von 10%) in 5 Monatsraten zu je 7,50 M. Rücksenderecht 5 Tage. Ergreift meine bei der Endabnahme vorbehalten.

Name u. Beruf: .....  
Adresse: .....

**RM. 140.— eine Nordlandreise**

**NORDKAPREISE**  
mit M.-S. „Monte Olive“ vom 3. bis 18. Juli. Fahrpreis einsch. voller Verpflegung ..... von **RM 270.—** an

**FJORDREISE**  
mit M.-S. „Monte Carvante“ vom 6. bis 14. Juli. Fahrpreis einsch. voller Verpflegung von **RM 140.—** an

**I. SPITZBERGENREISE**  
mit M.-S. „Monte Carvante“ vom 17. Juli bis 7. August. Fahrpreis einsch. voller Verpflegung von **RM 320.—** an

**II. SPITZBERGENREISE**  
mit M.-S. „Monte Carvante“ vom 6. bis 26. August. Fahrpreis einsch. voller Verpflegung von **RM 320.—** an

**KOSTENLOSE AUSKUNFT UND DRUCKSACHEN DURCH DIE HAMBURG-SÜDAMERIKANISCHE DAMPSCHIFFFAHRT-GESellschaft HAMBURG 8 / HOLZBRÜCKE 8**

**Einführung in die Politik**

2. Aufl. 6.—8. Tausend 1929  
**Dr. Wilhelm Ziegler**

Die Deutsche Allgemeine Zeitung zur 2. Auflage:

„Ein Symptom für das erwachte politische Interesse ist es, daß das ausgezeichnete Buch von Dr. Wilhelm Ziegler „Einführung in die Politik“ nach kurzer Frist bereits in zweiter Auflage vorgelegt werden kann. Dieses Werk verdient in der Tat die weiteste Verbreitung. Denn was der Verfasser in der Einleitung anführt, ist nicht nur richtig, sondern auch eine erste Mahnung an alle, die sich mit Politik befassen: . . . Gerade heute ist es für Deutschland unerlässlich, den Blick nicht allein auf die Paragraphen des Versailler Diktates und nicht nur auf den Hauptgegenstand Frankreich gerichtet zu halten, sondern sich ein klares Bild von den großen Zusammenhängen der Weltpolitik und Weltwirtschaft zu machen, die heute die Kontinente und Ozeane trennen und verbinden. Das Buch von Dr. Ziegler bietet in dieser Beziehung in gedrängter Kürze ein außerordentlich reiches Material, das man sich sonst mühselig aus vielen Büchern zusammensuchen müßte. . . .“

Die praktischen Folgerungen, die der Verfasser für die deutsche Außenpolitik aus seinen Feststellungen zieht, werden vielleicht nicht von allen Lesern geteilt werden. Aber man muß ihm zugestehen, daß er auch hier, wie in der Innenpolitik, es verstanden hat, seine Darstellung auf der Höhe der wirklichen großen Probleme zu halten und so an seinem Teile eines Beitrags zu dem Kampfe zu liefern, der gegen die iberischen Schlagworte der Stammpolitik geführt werden muß, wenn wir endlich ein politisches Volk werden wollen.

„ein modernes Buch, empfangen von Deutschlands Not und geboren aus der Sorge um Deutschlands Zukunft. Wer Anstrengung sucht, findet sie darin in Hülle und Fülle, und ein aus guten Quellen geschöpftes statistisches Material wird durch Zeichnungen und Karten wirksam veranschaulicht.“ Königsche Zeitung.

„. . . ist wie kein anderes geeignet, dem Ziel der Interessierung des gesamten Volkes an der Politik näherzuführen.“ Leipziger Volkszeitung.

„Der Preis des Buches ist angesichts der ausgezeichneten Ausstattung, die ihm der Verlag hat zuteil werden lassen, mäßig und wird der weitesten Verbreitung. Ziel unseres Volkes zugute kommen.“ Münchener Zeitung.

„Das Buch trägt seinen Titel mit Recht. Nicht nur der politisch interessierte Laie, sondern auch der berufsmäßige Politiker wird aus diesem Buche eine Fülle von Belehrungen und Anregungen schöpfen.“

„Das neue Werk Zieglers muß als eine außergewöhnliche Leistung aus dem Gebiet der politischen Literatur betrachtet werden, in der bisher vergleichbar nach einem umfassenden, auch dem Stichwortbegriffen fählichen Überblick über das ungesunde Gebiet der Weltpolitik.“

M. Th. Ströwe im „Deutschen Spiegel“.

Durch jede Buchhandlung zu beziehen  
320 Seiten mit 46 Kartenbelegen broschiert 8.— RM. Halbbanden 10.— RM.

Zentralverlag G. m. B. H., Berlin W 35, Potsdamer Str. 41



**Einigen** Photoapparat auf Teilzahlung Nur erstkl. Marken erhalten Sie für nur **175** WÖCHENTLICH



Verlangen Sie sofort unseren Photo-Spezial-Katalog

**Abco** G.m.b.H., Berlin SW 68, Kochstr. 73



Kleider, Leinwand, Kissen, Alles

**„Diana“ Draht-Matratzen**

Bettstellen, Polster  
Preisliste umsonst.

**JOH. NIG. DEHLER**  
Coburg 13



**ADLER**  
SCHREIBMASCHINE

ADLERWERKE von HEINRICH KLEYER A.-G.  
BERLIN S.W. 61 BELLE ALLIANZ STR. 4 Ecke TELTOWERSTR.

**Malereigeschäft** **Hermann Mallwitz**  
Malermeister

Berlin N 20, Koloniestraße 130, Telefon: Hansa 7384

Ausführung sämtlicher Malerarbeiten  
Neubauten, Renovierung von Wohnungen  
Fassadenanstriche, Treppenture und Geschäftsräume

**„Kugelhölzer“**  
rot, dunkel, Weiss, u. Achat  
2 1/2 Kl., — 9 Pf. 3.95 z. z.  
300 Harzkl. 8.95 z. z.  
100 do. u. 1 Kl. 3.95 z. z.  
K. Schulz, Norderstr. 107

UNICIT: Thüringer Stützer

**Pflaumenmus**  
gar. rein, unkorrosiv, feinste Qualität, 10 Pfund-  
Eimer M. 3.75 ab hier Naohn.  
Otto Ritter, Pflaumen-  
fabrik, Schönl. Thür. 125.

**Kohlenherde**



Küchenherde für Kohle und Gas, Ausgussbecken, Abwaschtische, Eischränke

**W. Pflugmacher**  
Berlin SW 68, Kochstraße 13. Dönhoff 2501



**Wasserschläuche**

und Zubehörteile kaufen Sie in erprobten Qualitäten bei

**Engl & Wolf**  
Berlin N4, Gartenstraße 100  
Norden D 1. 341 und 12185

Verlangen Sie kostenlose Einsendung der Preisliste H

Gute Ware ist billig!

Platziers Wein  
Rhein-Weine

nur direkt von  
Erich Müller  
Wein- u. Wasser-  
Nierstein a. Rhein  
(Inh. d. F. Weingut  
Gosch, Str.)

WAGNER 58 Platziers 81

**Vereinigte Krankenversicherungs-Aktiengesellschaft**  
(vorm. Gedeveg, Kosmos u. Selbsthilfe)

Aktienkapital 5 Millionen RM.  
Reserven über 4 Millionen RM.  
Versichertenbestand über 400 000

**Krankenversicherung mit Gewinnbeteiligung!**

Vertragsgesellschaft vieler großer Verbände

Vollständig freie Arztwahl!  
Kein Krankenschein und keine Krankmeldung!  
Keine ärztliche Untersuchung bei der Aufnahme!  
Hohe Leistungen bei Arzt-, Arznei-, Operations- und Krankenhauskosten!  
Zahnbehandlung und Zahnersatz!

Wochenhilfe! Hohes Sterbegeld!  
Bei Unfall sofort Anspruch auf die Leistungen!

Verlangen Sie kostenlos und ohne jede Verbindlichkeit Prospekt und Aufnahmeschein durch

**OTTO MACK, Berlin O 17**  
Am Ostbahnhof 12

**Wir bitten**  
unsere verehrten Leser bei Bestellungen und Anfragen unsere Inserenten stets weitestgehend zu berücksichtigen.

**Sonder-Angebot**

<b>Bouclé-Teppiche</b>	<b>Axminster-Teppiche</b>	<b>Velour-Teppiche</b>
ca. 140x200 RM 31 - 175x250 - 49 - 210x300 - 68 - 250x350 - 100	ca. 140x200 RM 31 - 175x250 41 - 200x300 61 - 250x350 - 96	ca. 140x200 RM 38 - 175x250 54 - 200x300 80 - 250x350 121

Linoleum, Granit-, Jaspé-Moire, Tisch- und Inlaid-TEPPICH VOGEL

TREPPENLÄUFER  
Tischdecken von RM 7,— an  
Divandecken von „ 17,— an

Gegründet 1899 Berlin-Potsdamer Str. 14 Nahe Patzd. Platz

Bei Barzahlung 7% Kasse-Rabatt auf Originalpreise, ausgenommen Linoleum- und Marken-Artikel

